

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1925

2.4.1925 (No. 92)

Badischer Beobachter

Artikel 5.80
Krag 8.95
Anwahl 0.75
Arben 3.95
...
2.60
5.50
0.75
0.60
1.75
1.65
6.90
5.75
7.90
11.50
...
2200
14b
...
110

Erheben: einmal täglich, auch Sonntags (als Morgenblatt). Beilagen: „Blätter für den Familientisch“, „Kunst und Wissen“, „Frauenrundschau“ und „Sterne und Blumen“. Schluss der Anzeigenannahme nachm. halb 6 Uhr. — Druckerei: „Beobachter“, — Verlagsanstalt: „Badischer Beobachter“, — Postfach 1814, Karlsruhe. Fernr.: Gemarkung 535, Postamt 572. — In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Bezugspreis: monatlich durch Träger Mk. 2.30 (bei der Adressliste in Karlsruhe Mk. 2.20), wöchentl. Einzelnummer 10 Pf., Sonntags 15 Pf. Abbestellungen können nur bis zum 25. auf der Monatsliste erfolgen. Anzeigenpreis: 10 Pf. pro Zeile, 1 mm hoch, 8 Pfg. im Restmoment 25 Pfg. Kleine und Familien-Anzeigen 5 Pfg. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Bei Wiederholung Tarif-Rabatt, der bei ganzjähriger Verbreitung und bei Konkurs wegfällt.

Um die Sammellandidatur Marx.

Vor der Einigung der drei republikanischen Parteien.

(Eigener Drahtbericht.)
J. H. Berlin, 1. April.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so ist die Sammellandidatur Marx auf dem besten Wege, in den allerersten Tagen proklamiert zu werden. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat sich heute grundsätzlich bereit erklärt, einer Sammellandidatur der Verfassungsparteien zuzustimmen und gleichzeitig beschlossen, in Verhandlungen mit dem Zentrum und den Demokraten einzutreten. Auch die Führer der Demokraten sind geneigt, eine Sammellandidatur Marx zu unterstützen. Die zuständigen Parteiführer der beiden genannten Parteien werden allerdings ihre entscheidenden Beschlüsse erst in den nächsten Tagen fassen können, doch finden bereits am Donnerstag 11 Uhr die ersten offiziellen Verhandlungen zwischen den genannten drei Parteien statt zwecks Aufstellung einer gemeinsamen Kandidatur der Verfassungsparteien für den zweiten Wahlgang am 28. April.

Die bevorstehende Einigung der Verfassungsparteien wurde im Laufe des heutigen Tages durch allerhand Intriguen von außenstehender Seite zu sabotieren versucht. Bekanntlich hat das Intriguenstück an die erst erfolgte Wahl des Demokraten Höpfer-Wischoff zum preussischen Ministerpräsidenten angeknüpft. Höpfer-Wischoff ist bekanntlich gegen seinen eigenen Willen und gegen den Willen seiner Partei zum preussischen Ministerpräsidenten gewählt worden. Es ist durchaus möglich, daß er die Wahl nicht annehmen wird. Und dann ist damit zu rechnen, daß die drei Verfassungsparteien in Preußen den früheren Ministerpräsidenten Braun erneut zum Ministerpräsidenten wählen werden. Diese Dinge werden heute von der Reichspresse und ihren Leitern so auszudeuten versucht, als ob im Lager der Verfassungsparteien helle Verwirrung herrsche.

Von der Rechten hat man versucht, die Dinge so darzustellen, als ob die Demokraten in Preußen das Zustandekommen einer bürgerlichen Regierung ermöglichen wollten, um auf diesem Wege eine bürgerliche Sammellandidatur Geßler für die Reichspräsidentenwahl doch noch zu erreichen. Daß es sich hierbei um ein ausgeklügeltes Spiel der Jarresparteien handelt, liegt auf der Hand. Die Absichten der Rechten gehen ohne weiteres daraus hervor, daß heute Abend eine offizielle Vertretung der Wirtschaftlichen Vereinigung im preussischen Landtag den Demokraten zum Ausdruck gebracht hat, daß die Wirtschaftspartei bereit sei, in ein Kabinett Höpfer-Wischoff einzutreten, selbst dann, wenn in diesem Kabinett der Sozialdemokrat Braun als Finanzminister und Seeverg als Innenminister vertreten wären.

Die Rechte hat offenbar die Wirtschaftspartei vorgezogen, um die der Rechten jetzt unangenehme Auflösung des preussischen Landtags einzuweilen zu verhindern und auf dem Wege über ein Kabinett Höpfer-Wischoff in Preußen eine bürgerliche Sammellandidatur für die Reichspräsidentenwahl nach der großen Wette des Jarresblocks durchzuführen. Hinterher würde dann die Rechte erneut ihre Sabotagepolitik gegen die Verfassungsparteien in Preußen aufgreifen. Nach unseren Informationen sind jedoch die Demokraten nicht geneigt, diese durchsichtigen Pläne der Jarresparteien zu unterstützen. Es ist vielmehr nach wie vor damit zu rechnen, daß die Einigung der Verfassungsparteien bereits in den nächsten Tagen in der Aufstellung des Volkspräsidenten Marx zur Tatsache werden wird, wenn nicht noch im letzten Augenblick durch neue Intriguen die absolut klare Lage verwischt wird.

Die vaterländischen Organisationen für Jarres.

Berlin, 31. März. Die dem Reichsblock angehörenden vaterländischen Organisationen trafen heute zu einer Besprechung der Lage zusammen. Einmütig wurde die Meinung vertreten, daß im zweiten Wahlgang selbstverständlich an der Kandidatur Jarres festgehalten werden müsse und daß Verlauf und Ergebnis der bisherigen Wahlarbeit in allen Teilen Deutschlands zu den besten Aussichten für den Sieg im zweiten Wahlgang berechnen.

Das deutsche Sicherungsangebot.

Gemeinsame Antwort:

Paris, 1. April. Nach den Morgenblättern hat der Fleuryan gestern Chamberlain über die noch immer in Vorbereitung befindliche französische Note auf das deutsche Memorandum vom 25. Februar eingehend unterrichtet. Innerhalb des englischen Kabinetts bestiehe, so schreiben die Morgenblätter, jetzt Neigung, keine getrennte Antwort an die Reichsregierung zu richten. — Der gut unterrichtete „Petit Parisien“ schreibt bestätigend: Die letzte Entwicklung der diplomatischen Unterhandlungen berechtigt zu der Annahme, daß Deutschland eine ursprünglich von Frankreich entworfenen interalliierte Note zugestellt wird, die gleichzeitig die Aufstellung der englischen und belgischen Regierung widerspiegeln werde. Die Note wird nach dem „Echo de Paris“ angeblich nachstehende Punkte enthalten: Deutschland wird aufgefordert:

1. seine Absichten für die Aufnahme in den Völkerbund unabweisend bekannt zu geben und sich bereit zu erklären, sämtliche Verpflichtungen des Völkerbundes anzuerkennen;
2. Auskunft darüber zu geben, welche Absichten es in der Grenzfrage gegenüber Polen und Tschechoslowakei hat, und ob es die Angliederung Oesterreichs plant;
3. sich darüber zu äußern, ob in die Garantierung der Westgrenzen auch Belgien und Italien einbezogen sind.

Getrennte Verhandlungen über Sicherheitspakt, Abrüstung und Gebietsräumung.

Paris, 1. April. „Petit Parisien“ weist an hervorragender Stelle darauf hin, daß die Verhandlungen über den Sicherheitspakt und die deutsche Abrüstung, sowie über die Räumung des Kölner Gebiets völlig getrennt voneinander geführt werden.

Das interalliierte Militärkomitee in Versailles ist zur Zeit mit der Aufstellung des „Fragebogens“ beschäftigt. Es hat mit der Abfassung einer Liste der schwersten, nicht wieder gut zu machenden Verfehlungen Deutschlands begonnen und, davon unabhängig, eine zweite Liste mit Verfehlungen ausgearbeitet, die nicht wieder gut zu machen sind; darunter interessiert besonders die militärische Jugendausbildung.

Die Haltung Elsaß-Lothringens.

Metz, 1. April. Die Elsaß-Lothringische Senatsgruppe hat den Senator Bourgeois als Redner für die Aussprache über den deutschen Garantiepakt bestimmt und beauftragt, den Vorschlag abzulehnen. Die Senatsgruppe wird erklären lassen, daß ein Garantiepakt für den Westen nicht genüge, daß die jetzige deutsche Ostgrenze ebenso garantiert werden müsse wie die Westgrenze. Wie aus Elsaß-Lothringischen Abgeordnetenkreisen verlautet, werden sich die 21 rechtsstehenden Abgeordneten dem Standpunkt der Senatsgruppe anschließen. Die zwei linksstehenden Sozialisten erklären dagegen, daß sie nicht einmal den Standpunkt Bourgeois teilen könnten, der in der Sicherheitsfrage bedenklich nach rechts neige. Die Straßburger sozialistische „Freie Presse“ lehnt ebenfalls den Standpunkt Bourgeois ab, weil er die Forderung aufstelle, Köln dürfe nicht geräumt werden, bevor die Sicherheitsfrage geregelt sei. Das Straßburger Herriot-Organ, die „Republique“, nennt diesen Standpunkt einen „groben Bruch des Versailler Vertrages“.

Benesch über die politische Lage.

Vollste Übereinstimmung zwischen Paris und Prag.

Prag, 1. April. Außenminister Dr. Benesch erklärte im Senatsauschuß Bericht über die Tagung des Völkerbundsrates und seine Pariser Besprechungen. Er verbreitete sich zunächst über die Entstehung des Genfer Protokolls und meinte, daß der deutsche Sicherheitsvorschlag sehr viel vom Geiste des Genfer Protokolls enthalte. Dann erinnerte er an die verschiedenen deutschen Vorschläge, die alle nicht angenommen wurden. Der letzte

deutsche Vorschlag entspreche der englischen These, denn er sei nicht zuletzt entstanden durch die Weigerung der Alliierten, die Kölner Zone zu räumen. Es sei ihm versichert worden, daß Deutschland den unterschriebenen Versailler Vertrag einhalten würde. Auch beabsichtige der deutsche Vorschlag nicht, auf eine Verringerung der östlichen Grenzen zu dringen. Dann berichtete Benesch über seine Genfer Unterredungen. Chamberlain habe ihm erklärt, England könne heute bei voller konsequenter Einhaltung des Versailler Vertrages nicht mehr tun als die Rheingrenzen zu garantieren. Ein etwaiger Garantiepakt im Westen sei nur der erste Schritt zu einem allgemeinen europäischen Pakt. Seine Besprechungen mit Herriot hätten vollste Übereinstimmung darüber ergeben, daß große Vorsicht, Ruhe und Besonnenheit bei der Prüfung der deutschen Vorschläge geboten und ein gemeinsames Vorgehen notwendig sei. Die weiteren Verhandlungen hätten bisher geringe Fortschritte gemacht. Die Alliierten verlangten genauere Formulierungen. Die Übereinstimmung zwischen Paris und Prag sei vollständig. Das betreffe auch die Notwendigkeit der Beteiligung Rußlands bei einer späteren Lösung der Frage der allgemeinen Friedensgarantien.

Ueber die österreichische Sanierung sprach, erklärte der Minister, alle Pläne über einen Anschluß an Deutschland seien unmöglich und ein etwaiger Garantiepakt werde auch dies neu bekräftigen. Ebenso unmöglich sei eine Donaukonföderation oder Balkanion. Einzige Möglichkeit sei die Lösung einer wirtschaftlichen Annäherung bei Wahrung der vollen Souveränität auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Die Abmachungen mit Polen entsprächen den gleichen Interessen jedes der beiden Staaten, und auch für die Zukunft die Schlichtung etwaiger Streitfälle zu sichern, werde gleichzeitig ein politischer Arbitragevertrag abgeschlossen. Die Tschechoslowakei brauche Polen zur eigenen Existenz und umgekehrt.

Benesch schloß mit der Bemerkung, Vorsicht und Reserve verbieten vorauszusagen, was zu tun oder zu unterlassen sei, aber eines dürfe mit vollster Entschiedenheit laut betont werden: Die tschechoslowakische Politik werde von ihren Rechten und ihren erreichten Garantien nichts aufgeben und niemals aufhören, für die Befestigung des allgemeinen Friedens zu arbeiten.

Das Urteil im bayerischen Kommunistenprozess.

Leipzig, 1. April. Im bayerischen Kommunistenprozess wurden heute vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik folgende Urteile gefällt: Es erhielten wegen hochverräterischer Untreue Scherbel 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, 100 Mark Geldstrafe; Brehme 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, 100 Mark Geldstrafe; Strobel 6 Monate Gefängnis, 50 Mark Geldstrafe; Lermer 1 Jahr Gefängnis, 50 Mark Geldstrafe; Eigner 8 Monate Gefängnis, 50 Mark Geldstrafe; Scheurer 6 Monate Gefängnis, 50 M. Geldstrafe; Farnia 2 Jahre Gefängnis, 100 M. Geldstrafe. Bei den Angeklagten Strobel, Lermer, Eigner und Lazarus gelten die Strafen durch die Unteruchungshaft als verbüßt, bei den übrigen Angeklagten werden die Geldstrafen und 2-6 Monate der Gefängnisstrafen durch die Unteruchungshaft als verbüßt angesehen.

Der Handelsvertrag mit Italien.

Rom, 1. April. Am Dienstag wurde zwischen Deutschland und Italien die Verlängerung des abgelaufenen modus vivendi für den Handelsvertrag unterzeichnet. Das neue Abkommen gilt bis zum Abschluß des Handelsvertrages, der in den nächsten Monaten erwartet wird. Gegenüber dem früheren Provisorium wurde von deutscher Seite die Einfuhr von Tomaten, Trauben und Schleifsteinen, die bisher von der Liste der Weißbegünstigten ausgeschlossen waren, zugestanden. Dafür löst Italien auf die Weißbegünstigungsliste die Einfuhr von deutschen Schrauben aus Eisen und Stahl, sowie Möbelbeschlüsse zu.

Zur Reichspräsidentenwahl.

Ein badisches deutschnationales Blatt in Buchen hatte ein paar Tage vor der Wahl ein Flugblatt beigelegt, in dem sich der Satz fand: „Schon der erste Wahlgang muß und wird die Entscheidung bringen.“ Am Tag nach der Wahl schrieb dasselbe Blatt: „Wie es vorauszu sehen war, konnte der erste Wahlgang die Entscheidung nicht herbeiführen.“ Man muß nur rasch entschlossen sein, dann kommt man über jeden Widerspruch weg. Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich die große Enttäuschung, die bei dem Jarresblock herrscht, seitdem er weiß, daß Jarres um über drei Millionen von der absoluten Mehrheit entfernt ist. Auch der sogenannte „Reichsblock“ mit Löbel an der Spitze, hat vor der Wahl bekannt gemacht, daß er am Dienstag nach der Wahl zusammenzutreten werde, und Jarres für die zweite Wahl wiederum aufzustellen. Jetzt war er am Dienstag beisammen, hat aber Jarres noch nicht wieder aufgestellt, sondern nur beschlossen, am Donnerstag wieder zusammen zu treten. Auch ein Zeichen dafür, daß das Wahlergebnis bei der Rechten Verwirrung geschaffen hat.

Die Köln. Zeitung, die treu zum Jarresblock stand, vertritt jetzt nach der Wahl die Forderung einer Linksorientierung des Reichsblocks; man solle Jarres fallen lassen und einen Kandidaten aufstellen, der auch dem Zentrum genehmig ist. Die Berliner Vörlin-Zeitung schreibt ganz offen:

„Die Zeit“, Stresemanns Organ, tritt heute morgen mit aller Kraft und den heftigsten Worten für die Aufrechterhaltung der Kandidatur Jarres auch für den zweiten Wahlgang ein. Wie ihr das nach den Zahlen des ersten Wahlganges möglich ist, bleibt für uns völlig unklar. Nur, wenn wir annehmen, daß der „Zeit“ und deren Inspiratoren ein Sammellandidat der Linken als Reichspräsident lieber wäre als ein von allen bürgerlichen Parteien an die Spitze gebrachter Dr. Geßler, würde das Verhalten Sinn und Verstand bekommen. Wir müßten noch persönlichen Gründen und Gegenfragen forschen, da wir sachliche Gründe nicht zu entdecken vermögen.

Die „Zeit“ mahnt auch den Roebell-Ausschuß, der morgen zusammentritt, sofort Jarres als den Kandidaten des Reichsblocks für den endgültigen Wahlgang zu proklamieren. Wir würden an der politischen Urteilsfähigkeit des Roebell-Ausschusses zweifeln müssen, wenn er einer solchen Aufforderung folgen wollte. Er würde außerdem die Front, die bis jetzt für Jarres gekämpft hat, sofort sprengen, denn viele Kreise, darunter zahlreiche führende Zeitungen, sind durchaus nicht gewillt, sich von irgendeinem Ausschuss eine ausschließliche Kandidatur aufzwingen zu lassen. Oder will man vielleicht sogar so weit gehen, Retirade auf der Rechten zu jassen, nur um damit die Wahl eines republikanischen Sammellandidaten, z. B. des Herrn Dr. Marx, um so sicherer zu erreichen? Im Erfüllungspolitik zu treiben, und die Volkspartei durch Herbeiführung eines starken Gegenjages zu den Deutschnationalen wieder reif für die Große Koalition zu machen?

Das läßt keinen Zweifel über die Stimmung bei der Rechten, selbst wenn, wie es jetzt heißt, der Roebell-Ausschuß Jarres für die zweite Wahl beibehalten würde.

Auch die Bayerische Volksparteiforrespondenz schreibt:

Wahlmüdigkeit war das Zeichen des ersten Wahlganges. Mit keinem Grunde ist die Wahlfähigkeit zu rechtfertigen, aber man vergesse nicht, daß man die deutschen Wähler einer ausschließlichen hoffnungslosen Lage ausgesetzt hatte. Es fehlte dieser Volkswahl jede Aussicht auf einen Sieg. Der Ausgang der Wahl hat dies in jeder Beziehung bestätigt. Man lasse sich durch die 10 Millionen Stimmen, die die großangelegte Jarres-Propaganda zusammenbrachte, und den Duisburger Oberbürgermeister als den Favoritenkandidaten für die zweite Wahl erscheinen lassen, nicht täuschen. Dieser Weg kann zu keinem Ziele führen. Sieht man das nicht rechtzeitig ein, dann soll man sich darauf gefaßt machen, daß derjenige Kandidat Reichspräsident werden wird, dem die Sozialdemokratie ihre Stimme gibt. Die einfache Rechnung ergibt dies. Alle anderen Spekulationen stürzen auf ein aussichtsloses va banque Spiel zu. Mit Genuß, mit Prestigegeiz, mit der in Deutschland üblichen Art, den Kopf vor Tatsachen in den Sand zu stecken, ist jetzt gar nichts geboten, sonst wird das, was man heute als Jarres-Erfolg ausposaunt, tatsächlich der Anstoß zur Niederlage des bürgerlichen Deutschland werden.

Dann empfiehlt die Korrespondenz die Aufstellung einer bürgerlichen Sammellandidatur. In der Augsb. Volkszeitung (Bayr. Volkspartei) heißt es:

Die Lehre aus dem ersten Treffen ist die, daß die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei wohl oder übel ihre bisherige Absicht, den bürgerlichen Parteien einen Kandidaten aufzudrängen, aufgeben müssen. Ziel des zweiten Wahlganges muß sein, für die gesamten bürger-

Deutscher Reichstag.

Berlin, 1. April.

lichen Parteien einen Einheitskandidaten aufzustellen. Die Bayerische Volkspartei wird sich aber nicht bereit finden, mit den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei einen gemeinsamen Kandidaten zu wählen, wenn der Kandidat Jarres heißt.

Die Stimmung für eine weitere Kandidatur Jarres ist also überall mehr als flau, wenn auch Blätter wie Kreuzzeitung und Deutsche Ztg. für Aufrechterhaltung der Kandidatur eintreten. Ihr Erfolg wäre selbst dann äußerst zweifelhaft, wenn der ganze bisherige Jarresblock wieder für ihn eintreten würde; wenn Jarres aber den Widerstreben aufgegeben würde, so wäre die Kandidatur für die so viel Theaterdonner aufgewendet wurde, von vornherein aussichtslos. In der für Dr. Jarres bisher so begeisterten Bad. Presse Nr. 152 heißt es:

So wie die Dinge zunächst liegen, bietet der zweite Wahlgang für den Jarresblock in seiner jetzigen Zusammenfassung keine sichere Aussicht auf Erfolg. Selbst wenn ihm die Stimmen der Bayerischen Volkspartei und der Anhänger Ludendorffs voll zufallen würden, für den Fall nämlich, daß sich auf der anderen Seite die Weimarer Koalition einigt. Dieser Tatsache darf man sich nun einmal nicht verschließen, zumal von den Sozialdemokraten gegen eine Kandidatur des Reichstagsmarschall Jarres, die nicht aus ihren Reihen kommt kaum Schwierigkeiten gemacht werden dürfen und auch die Demokraten auf die Kandidatur Hellpach zugunsten eines anderen republikanischen Sammelkandidaten wohl eher über bezogen werden. Damit wäre aber die Möglichkeit einer Kandidatur Marx für die Sozialdemokraten in greifbare Nähe gerückt, wenn der Jarresblock von vorn herein und unbedingt heute Herrn Dr. Jarres wieder als Kandidaten inszenieren würde.

Man darf angesichts dieser Kassenjammerstimmung gespannt sein, was die bisherigen Jarres-Begeisterten tun werden.

Thälmann auch im zweiten Wahlgang.

Berlin, 31. März. Die Zentrale der Kommunistischen Partei hat beschlossen, für den zweiten Wahlgang wieder Ernst Thälmann als Präsidentschaftskandidaten aufzustellen.

Baden.

Liberaler Geschmacklosigkeiten.

Es wird uns geschrieben:

Bereits vor einigen Tagen wurde an dieser Stelle auf Geschmacklosigkeiten hingewiesen, die sich anlässlich der Reichspräsidentenwahl die Rechtsparteien zu Schulden kommen ließen. Die Bezeichnung „geschmacklos“ ist noch sehr zart. Jarres soll der einzig wahrhaft nationale Kandidat sein. Das ist eine Beleidigung schwerster Art, vor allem auch für unseren um das deutsche Volk hochverdienten Führer Marx und für alle Zentrumsleute. Die Herren von „Bildung und Besitz“, d. h. mit mehr Besitz als Bildung, sind geradezu maßlos mit ihrer Einbildung, daß sie die einzigen Vertreter der nationalen Gesinnung seien. Und solche Dinge passieren, nachdem in einem 4 1/2 Jahre langen Kriege Millionen von Volksgenossen aus allen Schichten und Parteien des deutschen Volkes die größten Opfer an Gut und Blut gebracht haben. Wo wäre das deutsche Reich hingeraten, wenn im August 1914 nur Nationalliberale und Konterdative sich zur Verteidigung des Vaterlandes zur Verfügung gestellt hätten? Doch vielleicht tut man diesen Leuten zuviel Ehre an, wenn man sich mit ihnen herumschlägt. Befehlen lassen sie sich jedenfalls nicht. Sie sind eben mit ihrer „nationalen“ Einbildung gefraßt.

Ueber einen besonderen Vorgang können wir jedoch nicht hinwegsehen, der sich hier abgepielt hat, und zwar anlässlich der Jarres-Vorstellung in der Festhalle. Dort hielt die Schlussansprache der unvermeidliche Herr Bauer, z. B. Oberregierungsrat beim Hauptverwaltungsamt Karlsruhe und Oberstleutnant a. D. Er taucht des großen Eindringens wegen überall auf, wo Lorbeeren zu holen sind. Dabei geht ihm hin und wieder der Gaul durch, wenn er vor der Front steht. Er hat deshalb auf dem Karlsruher Rathaus schon ab und zu kräftige Abfuhrer erfahren. Was leistete sich nun Herr Bauer neuerdings? Wie aus Nr. 73 der Karlsruher Zeitung hervorgeht, erklärte er u. a. wörtlich: „Nur wer sich zur Fahne schwarz-weiß-rot bekennt, wird dem Vaterland zur Seite stehen können, daß es wieder hochkommen kann.“ Die A. Z. bemerkt dazu: „In dem Bericht der „Bad. Presse“ ist dieser Passus der Rede Bauers bezeichnenderweise weggelassen.“ Was hier Herr Bauer sich leistete, kennzeichnet diesen Politiker zur Genüge. Nur muß man aber wissen, was im Laufe der letzten Jahre alles schon gegangen ist. Es hat nämlich Zeiten gegeben, wo Herr Bauer über das alte System sehr wenig erbaut war und den neuen Verhältnissen recht freundlich gegenüberstand. Das war vor allem zu Zeiten, als gewisse Verfassungsfragen noch nicht gelöst waren. Da hatte Herr Bauer mit schwarz-rot-gold erhebliche mehr Tuschelung, wie mit schwarz-weiß-rot. Es leben nämlich noch Leute, die darüber nähere Auskunft geben können. Doch Herr Bauer wird sich wohl selbst noch daran erinnern. Es ist umso trauriger, daß er nun gleichwohl kommt und behauptet, daß nur Rechtsparteiler dem Vaterlande aufstel-

Am Regierungsbüro: Reichswehrminister Dr. Csehler. — Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min. mit folgender Ansprache: „Die erschlatternde Nachricht von dem furchtbaren Unglücksfall, der so viele Angehörige der deutschen Reichswehr betroffen hat, hat sich leider bemahrscheinet. Über 70 Personen sind bei der Ausführung ihrer Dienstaufgaben mit ihren Offizieren in den Fluten der Weser ertrunken, und es besteht geringe Hoffnung, daß von den 73 Vermissten noch irgend jemand gerettet werden könnte. Mit der Reichswehr trauert die deutsche Volksgemeinschaft um die vielen noch so jungen Opfer ihres Soldatenberufes und spricht den Angehörigen, den Kameraden und der Heeresleitung ihre tiefe Teilnahme aus.“ (Das Haus hat sich von den Plätzen erhoben.)

Reichswehrminister Dr. Csehler dankt dem Präsidenten für den Ausdruck der Teilnahme und ebenso dem Reichstag, der sich dieser Teilnahme angeschlossen habe. Die Katastrophe an der Weser stehe beispiellos da, vor allem durch die Zahl der Opfer. Er sei noch nicht in der Lage, heute eine verantwortliche Erklärung über die Ursachen des Unglücks abzugeben, die erst festgestellt werden müßten durch eine Untersuchung, zu der er den Chef des Flotillenwesens abgeordnet habe, und dann auch durch eine gerichtliche Untersuchung. Der Minister bringt ferner einen vorläufigen Bericht zur Kenntnis und teilt mit, daß ein Offizier und 78 Mann wahrscheinlich ertrunken seien; die Aussicht auf Rettung sei sehr gering. Geistesig werde die Trauer noch durch einen neuen Unglücksfall, der sich gestern bei der Marine ereignet habe, wobei zwei Geizer und zwei Arbeiter ihr Leben eingebüßt haben und ebenso viele Personen verwundet worden sind. Der Minister stellt auch hierüber einen baldigen amtlichen Bericht in Aussicht.

Präsident Loebe dankt dem Hause für die Trauerkundgebung.

Auf der Tagesordnung steht dann der Bericht des Geschäftsordnungsausschusses über die Anträge des Landgerichts Magdeburg auf Erteilung der Genehmigung zur Zueignung mehrerer Reichstagsabgeordneter im Rechtsfahrprozeß. Abg. Dr. Bell (Zentr.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses. Der Ausschuss hat folgenden Beschluß gefaßt: „Der Reichstag wolle beschließen: 1. Die Genehmigung zur Zueignung der Mitglieder Silberhildt, Grafmann, Schide und Siebel wird verweigert, da das Interesse des Reichstages an der Ausübung der parlamentarischen Pflichten seiner Mitglieder überwiegt. 2. Nachdem sämtliche Abgeordnete, deren Zueignung in der Strafsache gegen Rothard genehmigt war, vernommen worden sind, wird die Genehmigung zur weiteren Zueignung verweigert und die Stellungnahme zu etwaigen weiteren Anträgen auf Zueignung vorbehalten.“ — Ohne Aussprache wird der Antrag in beiden Teilen gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutsch-Völkischen angenommen.

Darauf folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes betreffend den Lehrgang der Grundschule.

Abg. Seiffert (Nat. Soz.) hält es für erforderlich, daß begabte Schüler der Schule in einem kürzeren Zeitraum durchlaufen.

Abg. Fleischer (Soz.) stellt in dem vorliegenden Gesetzentwurf eine Durchbrechung der Grundschule. Man zürstere damit die Einheitschule und schaffe wieder Klassenrechte. Der Deutsche Lehrerverein habe großen Bedenken, die Anträge auf Differenzierung der Grundschule abzulehnen.

Ministerialrat Dr. Köstner vom preussischen Kultusministerium bezieht eine Eingung in der Grundschulfrage. Man solle weitere Berücksichtigung von der Grundschule fernhalten, damit ihre fernere Entwicklung gesichert werde. Es sei auf die Dauer unerträglich, wenn die Grundschule alljährlich zu einem beunruhigt werde. Die Grundschule sei auf der Jahre festgelegt und müsse auch so bleiben. Das preussische Kultusministerium habe sich mit besonderer Liebe dieser Frage angenommen. Der Unterrichtsausschuss des preussischen Landtags habe alle Anträge auf Schaffung von besonderen Begabtenklassen abgelehnt. (Hört, hört! links.) Besondere Einrichtungen zugunsten begabter Schüler seien allgemein nicht möglich. Der Redner erhebt Bedenken

fen können. Bauers Neuherung ist mehr als geschmacklos. Aber wenn sich Herr Bauer so weiterentwickelt, kann man von ihm noch mehr erwarten, obwohl er gelegentlich recht verständlich ist. Dabei soll Herr Jarres „überparteilich“ sein. Herr Bauer glaubt das gewiß nicht, sonst hätte er sich diese Beleidigung Andersdenkender nicht geleistet.

Politisch dumm, aber bezeichnend.

Am letzten Freitag sprach Dr. Wirth in einer gut besuchten Versammlung zu Freiburg. In Nr. 75 bringt nun das Jarresblatt daselbst, die „Freisgauer Zeitung“, eine vielfach nichtsnutzige Kritik an derselben. Dieses Organ findet die Wahlrede „abstoßend“. Dafür haben wir Verständnis, daß die Rede für Marx auf die Ohren von bestimmten Jarreslesern „abstoßend“ wirkte. Dieses extra zu sagen, hätte die Freisgauerin unterlassen können. Sie darf versichert sein, daß die Verlautbarung des evangelischen Bundes mit seinen Beleidigungen gegen uns Katholiken noch viel abstoßender auf uns wirken mußte, ebenso die Mitteilung des „Bölkischen Kuriers“, Jarres sei der Kandidat „der Loge und Schwerindustrie“.

„Die Versammlung, die Wirth abhielt, habe keinen günstigen Eindruck von den politischen Kreisen gemacht, welche der Präsidentschaftskandidatur Marx verpflichtet seien.“ So schreibt das Blatt. Jedenfalls haben unsere Freunde in Freiburg die Veranstaltung gar nicht abgehalten, um bei „der Loge und Schwerindustrie“ einen gün-

gegen die von den Regierungsparteien beschlossene Regelung der Grundschulfrage.

Der sozialdemokratische Antrag, der jede Verkürzung der Dauer des Lehrganges der Grundschule von mindestens vier Jahresklassen für unstatthaft erklärt, wird abgelehnt, ebenso der Antrag auf Einführung von sechs Jahresklassen. Der grundlegende § 1 des Grundschulgesetzes wird darauf gegen Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten in folgender Fassung angenommen: „Der Lehrgang der Grundschule umfaßt vier Jahresklassen. In Einzelfällen können besonders leistungsfähige Schulkinder nach Anhören des Grundschullehrers schon nach dreijähriger Grundschulspflichtzeit zur Aufnahme in eine mittlere oder höhere Schule zugelassen werden.“

Abg. Frau Bülf (Soz.) beantragt dann, die Lebenshaltung- und Bildungsstellen für die besonders leistungsfähigen Schulkinder in vollem Umfange dem Reich und den Ländern aufzuerlegen, wenn diese Schulkinder selbst infolge der wirtschaftlichen Lage ihrer Eltern nur Volksschulbildung erhalten würden.

Abg. Koenneburg (D.) verlangt eine Vorlage in gleicher Richtung. Auch die Gemeinden sollen zu den Kosten herangezogen werden. Der Redner betont, daß die scharfe Scheidung im Kindesalter der Grund für die tiefen Klassenunterschiede später sei. Diese verhängnisvolle Entwicklung müsse verhindert werden.

Abg. Dr. Schreiber (Zentr.) hebt hervor, daß seine Fraktion die Befähigung des Denkens in der Schule seit jeher verfochten habe. Der sozialdemokratische Antrag und die demokratische Entschließung seien aber zu allgemein gehalten und ohne materiellen Unterbau. Er könne ihnen daher nicht zustimmen, sei aber bereit, auf eine Ausgestaltung der Erziehungsbeihilfen hinzuwirken.

Abg. Hörnle (Komm.) wirft den Rechtsparteien in der Frage der Begabtenförderung Demagogie vor. Hinter der Frage der Begabtenauslese solle die Privilegierung der Kinder der begüterten Klasse verstanden werden.

Abg. Frau Scheidel (Dnt.) warnt davor, die Schulzeit unnötig zu verlängern. Man solle diese Frage doch nicht so theoretisch behandeln. Es gehe zu weit, wenn man die Kosten für die Erziehung der besonders leistungsfähigen Schulkinder dem Staate auflegen wolle. Diese Frage müsse erst im Ausschuss geprüft werden. (Als von der Linken der Zentr. erwidert: Gemessenloser Wortsinn, weist Vizepräsident Bell diesen Ausdruck zurück und erklärt, im Reichstag werde niemals Wortsinn geredet.) (Geister und Widerspruch.)

Abg. Koppel (D.) weist kommunistische Angriffe gegen die Lehrer zurück. Es sei unerhört, den Lehrern vorzuwerfen, daß sie ganz allgemein sich Mißhandlungen zuschulden kommen ließen. Es sei eine große Tragödie, wie manche hochbegabte Kinder vom Lande nicht gefördert werden könnten, weil die Mittel fehlten. Die Einrichtungen der katholischen Kirche seien in jeder Hinsicht porrbildlich. Der Redner warnt vor dem System der Erziehungsbeihilfen. Es sei dies ein Weg der Demütigung, der Witt und Bettelgänge.

Abg. Kunze (D. Rp.) lehnt die sozialdemokratischen und demokratischen Anträge ab und tritt dem Standpunkt bei, daß für die Erziehungsbeihilfen im Etat die erforderlichen Mittel eingeleitet werden müssen.

Ein Antrag der Abg. Frau Kroll, die Kosten für besonders leistungsfähige Kinder dem Staat zu übertragen, wird abgelehnt, ebenso ein Antrag der Abg. Frau Bülf, die Weiterberatung zu vertagen, bis die finanziellen Unterlagen vorliegen. Nach § 6 soll das Gesetz am 1. April 1925 in Kraft treten.

Abg. Frau Bülf (Soz.) beantragt, als Termin für das Inkrafttreten den 1. April 1926 festzusetzen.

Abg. Neubauer (D.) verlangt ebenfalls hinauschiebung des Inkrafttretens des Gesetzes, da es schuldschuldig nicht möglich sei, das Gesetz in einigen Tagen einzuführen.

Angenommen wird schließlich der Antrag der Regierungsparteien, wonach das Gesetz mit dem Tage der Verkündung in Kraft tritt.

Abg. Schwarz (D.) behauptet, das Gesetz sei verfassungswidrig und müsse eine Zweidrittelmehrheit haben. (Widerspruch.) Das Gesetz müsse heißen: Gesetz zur Befähigung der Grundschule.

Damit ist die 2. Lesung der Vorlage beendet.

„ftigen Eindruck“ zu erzielen. Kreise, bei denen es heißt: „Berlin bezahlt!“, Kreise, die in Karlsruhe schon mehr die Art der „billigen Jakob“ im Wahlkampf sich aneigneten, haben eben ihre eigenen Begriffe.

Das alles würden wir laufen lassen können; nicht unbeachtet lassen können wir aber die Bemerkung: Marx sei „eine unglückliche Präsidentschaftskandidatur“. In dieser Bemerkung reichen sich Bosheit und Dummheit die Hand. Die „Freisgauer Zeitung“ hat offenbar ein Interesse daran, auch dem letzten Zentrumsmann auf der äußersten Rechten es leicht zu machen, am 23. April den rechten Weg zu finden. Es gehört geradezu eine Art Verblendung dazu, die Kandidatur Marx eine „unglückliche“ zu nennen, vollends wenn man an dem Wagen der Loge, des evangelischen Bundes und der Schwerindustrie steht.

Diese mit politischer Weisheit gespielte Einleitung der Freisgauerin berechtigt natürlich zu den besten Erwartungen hinsichtlich der Kritik an Dr. Wirth. Um dieser einen Hintergrund zu geben, wird die Anrede Wirths an seine Landsleute: „Geliebte Mitbürger“ in das Prädikat „anmaßende Spießbürger“ überleitet, indem gesagt wird, Wirth habe den „anwendenden Spießbürgern“ „imponieren“ wollen. Da Abwechslung erfreut, wird auch von „der in Verehrung gegenüber dem großen Freiburger verunkeltene Versammlung“ gesprochen. Wir glauben die Freiburger zu kennen. Sie empfinden den Spott und den Hohn, womit sie das Jarresblatt beehrt hat. Die Impressionen

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfes wegen der Vereinbarung über die Erteilung von Rheinischferpatenten.

Abg. Dr. Koenneburg (D. Rp.) äußert Bedenken gegen die Vereinbarung, weil die Erfordernisse an die Rheinischfer noch der Schwierigkeiten der Rheinischfahrt stark herabgesetzt werden. Dadurch würde die Verkehrssicherheit auf dem Rhein gefährdet. Es sei bedauerlich, daß diese Bestimmungen durchgeführt werden müßten auf den Wunsch der französischen Regierung. Die deutsche Regierung habe sich jahrelang gestraubt, diese Vereinbarung zu unterzeichnen.

Die Vorlage wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Auf der Tagesordnung steht dann der Bericht des Geschäftsordnungsausschusses über den Antrag auf Strafverfolgung des Abg. Koenneburg (D.) wegen Verdröhung und großen Unfugs, verübt in einer Versammlung in Offenburg. Der Ausschuss beantragt, die Genehmigung wie üblich zu verweigern.

Abg. Sachs (Dnt.) erhebt dagegen Widerspruch. Der Abgeordnete habe durch sein Verhalten schmerzliches Vergnügen erregt, so daß der Wirt gelang habe, solche Menschen gehören in den Schweinestall und nicht in das Parlament. (Zustimmung.)

Abg. Dr. Levi (Soz.) berichtet über einen anderen Fall, der den Abg. von Graefe (Bölk. Ztg.) betrifft. Dieser habe sich in Charlottenburg in einem Lokal bis über die Polizeistunde hinaus aufgehalten und sich dann geweigert, das Lokal zu verlassen. Er habe sich dabei auf seine Immunität gestützt. Der Ausschuss beantragte, auch in diesem Falle die Genehmigung zur Strafverfolgung nicht zu erteilen.

Abg. Stöcker (D.) verlangt Verlegung der Angelegenheit, damit er mit neuem Material antworten könne. Der Antrag wird abgelehnt.

Abg. von Graefe (Bölk. Ztg.) stellt fest, daß seine Gruppe im Ausschuss nicht vertreten sei und daß die Behauptung des Abg. Levi eine groblich Entstellung der Tatsachen sei. Er sei gar nicht aufgefordert worden, das Lokal zu verlassen.

Abg. Stöcker (D.) wirft den anderen Parteien Mißverständnis vor. In preussischen Landtag sei in einer Nachsitzung ein deutschnationaler Abgeordneter total befallen gewesen. (Rüge des Präsidenten.) Auch im Reichstag sei einmal ein prominenter Mitglied der sozialdemokratischen Partei befallen herumgetaumelt. (Erneute Rüge des Präsidenten.) Man möge nur beim Reichsbannerpräsidium anfragen.

Abg. Koppel (D.) erklärt, daß die bisherige Taktik des Geschäftsordnungsausschusses, die Genehmigung zur Strafverfolgung nicht zu erteilen, nicht mehr beibehalten werden könne. Die Immunität habe den Zweck, die Verletzung politischer Vergehen zu verhindern. Hier handle es sich aber um das Ansehen des ganzen Reichstages, hier solle der Richter sprechen.

Die Abstimmung wird auf Donnerstag vertagt.

Das Haus vertagt sich darauf auf Donnerstag Tagesordnung: Reichsgerichtsgesetz, Grundschulgesetz und Amnestievorlage.

Schluß der heutigen Sitzung gegen 1/8 Uhr.

Ablehnung des deutsch-spanischen Handelsabkommens im Reichsausschuss.

Berlin, 1. April. Der Reichsausschuss für Handelsverträge setzte heute die Beratungen über das deutsch-spanische Handelsabkommen fort. Das Abkommen wurde nach ausführlicher Aussprache mit 17 gegen 6 Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt, dagegen wurde eine Entschließung angenommen, worin die Reichsregierung ersucht wird, sofort mit der spanischen Regierung in neue Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages einzutreten und ein solches Abkommen nur dann abzuschließen, wenn die materielle Gleichberechtigung für alle Erzeugnisse der deutschen Industrie und ein ausreichender Zollschutz für die deutsche Landwirtschaft, besonders für den deutschen Wein- und Gemüsehau erreicht wird. Gegen den Vertrag stimmten die Deutschnationalen, die Kommunisten, die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftliche Vereinigung. Für den Vertrag stimmten die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Demokraten. Die Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme.

„Spießbürger“ von Freiburg werden am 23. April antreten und die Antipart an „die Firma Loge und Schwerindustrie“ zu geben wissen!

Herr Wirth wirft das Blatt vor: „Kausidische Selbstweihrauchung“, „Wichtigere“, „sajungslosen Zorn“, „ungewöhnliche Dreistigkeit“, „Demagogie“, „grauenhafte Demagogie“, „erbliche Ausgeleuchtigkeit“. Das sind einige Auszüge und Kroben aus dem Wortschatz, über den die „Freisgauer Zeitung“ verfügt, wenn sie den Herrn Dr. Wirth und seine Politik bespricht. Auch diese Leistungen wirken orientierend; darum legen wir sie auch unseren Lesern vor.

Sehr unangenehm kam der „Freisgauer Zeitung“ offenbar der Hinweis des Redners auf den berüchtigten Aufzug des Evangelischen Bundes zu Gunsten der Jarreskandidatur. Sie meint, Dr. Wirth „hätte leicht auch eine Sammlung von weit stärkeren Stimmen aus dem anderen Lager bringen können“. Bitte, man führe sie vor! Nein, so etwas macht die „Freisgauer Zeitung“ nicht. Wir lehnen beides grundsätzlich ab! So sagt sie. Wir freuen uns dieser Ablehnung. Sie trifft zuerst den Evangelischen Bund und seinen Vorstoß zu Gunsten der Jarreskandidatur, aber die Ablehnung ist nicht gefährlich; denn diese erfolgte erst am Montag, als am Sonntag zuvor die Wahl getätigt war. Auch so wollen wir uns diese Ablehnung merken. Wer weiß, ob man sie nicht auch bald gebrauchen kann.

Die Verbitterung bei den unteren Beamten.

Man macht sich anheimelnd in den Kreisen, die es angeht, kaum eine Vorstellung davon, wie tief sich die Verbitterung in einem großen Teil der unteren Beamtenschaft eingetrennt hat wegen der ganz unzulänglichen Gehaltsverhältnisse. Wir erhielten dieser Tage ein Schreiben aus dieser Gruppe von einem kleinen Beamten, den wir zufälligerweise schon seit Jahren als einen charakteristischsten, pflichtgetreuen Mann kennen, der uns zu einer radikalen Stellungnahme in diesen Fragen neigte. Wir geben einen Teil dessen, was er uns mitteilt, hier wieder, weil es uns überzeugende Kräfte zu haben scheint und für die heutigen Verhältnisse in dieser Schicht typisch ist; sodann aber auch, weil wir nicht glauben, daß man mit der bisher geübten Praxis weiterkommen wird. Es muß einmal mehr geschehen, als daß man auf der einen Seite betont, man könne nicht mehr leisten, und auf der anderen Seite in einzelnen Fällen übertrieben hohe Gehälter und Prämien bezahlt. Diese Praxis ist auf die Dauer unerträglich nicht bloß für die, die direkt darunter leiden, sondern auch für alle, die sozial denken.

In der genannten Zuschrift heißt es u. a.:
 Im alten Obrigkeitsstaat habe ich 9 Kinder aufgezogen, mit Sporen hatte ich für 11 Personen so viel, daß mir keine Not leiden mußten, konnten uns an Kleider, Bettwäsche stets mit dem Verdienst das Notwendige beschaffen. Ich kenne heute eben so wenig wie damals Bier und Wein oder Gesellschaft. Bin noch zu dreien in der Familie, der Verdienst ist nach 25jähriger Dienstzeit ein solcher, daß er kaum reicht, um auch nur das Allernotwendigste an Lebensmitteln zu beschaffen, es reicht aber nicht so weit, daß man sich ein halbes Duzend Leinwandstücke kaufen kann und so verbumpt man in der Haushaltung vollständig. Zuerst hat man dem Volk, auch dem kleinen Sparrer, das Ersparnis und Ererbte durch die Inflation geraubt, jetzt bekommt man eine Einnahme, die zum Hungern hinreicht.

Was ein Beamter und Familienvater unter solchen Umständen denkt, das kommt in dem Satz zum Ausdruck, mit dem die Zuschrift schließt: „Wir brauchen Regierungsmänner, die hoch über den Parteien stehen. Das Parteibonzenum hat für das Volk nichts übrig.“ Diefelbe Verbitterung über das gesamte Parteiwesen — die Sozialdemokratie nicht etwa ausgenommen — spricht aus der ganzen Zuschrift. Man muß das allüberall wohl beachten. Es gehört zum Allerwichtigsten und Allerdringendsten, daß die Unrechtmäßigkeit aufhört, die dem, der seine Pflicht tut, den zum Leben absolut notwendigen Gehalt und Arbeitslohn vorenthält. Eine wahre Volksgemeinschaft ist solange nicht vorhanden, als die einen Lebensfluß haben und die anderen nicht einmal das zum Leben hinreichende. In einem Staat der demokratisch ist und sozial eingestellt sein will, darf ein solcher Zustand nicht weiterbestehen. Alle Parteien müssen durch die Tat beweisen, daß es unrichtig ist, wenn die Meinung besteht, die Parteien hätten nicht den Willen, hier abzuhelfen. Weder mit agitatorischen Entwürfen noch Gesetzen ist hier etwas geholfen, sondern nur mit der Tat. Das gilt für die öffentliche wie die private Wirtschaft. Der Reichstag hat in Ausschusssitzungen vor einiger Zeit über diese Dinge diskutiert und hat die Dringlichkeit einer Besserung anerkannt. Aber nur die bessernde Tat kann weiteres Unheil verhindern. Es handelt sich um das Vertrauen der arbeitenden Volksschichten zum heutigen Staat. Erst wenn die Notleidenden weitere Enttäuschungen wie in der Vergangenheit, dann ist das Vertrauen endgültig dahin. Wir möchten diese Ermahnungen insbesondere der

Partei der christlichen Sozialpolitik, d. h. dem Zentrum ans Herz legen. Keine Partei kann das freilich allein machen. Aber je energischer die einzelnen Parteien für soziale Gerechtigkeit eintreten, desto eher wird die Besserung einsetzen.

Zur geplanten Tabaksteuererhöhung.

Vom Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands, Sekretariat Bruchsal, wird uns geschrieben:

Die Veröffentlichung des Entwurfes eines Gesetzes über Erhöhung der Tabaksteuer hat unter die Tabakarbeiter große Beunruhigung gebracht. Das ist durchaus begründlich, wenn man weiß, wie schon in der Vergangenheit bei jeder Zoll- und Steuererhöhung auf Tabak- und Tabakfabrikate die Tabakarbeiter die Leidtragenden waren. Sie hatten in ganz ungeheurem Ausmaß mit Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und sonstigen Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse zu leiden. Auch gegenwärtig ist die Lage im Tabak, vor allem im Zigarrengewerbe eine sehr ungünstige und würde sich bei weiterer steuerlicher Belastung katastrophal gestalten. Man sollte endlich einmal auch die Tabakindustrie zu Ruhe kommen lassen und ihr die Möglichkeit einer Erholung nicht vollständig rauben! Letzteres umsomehr, da doch die Tabakindustrie von allen anderen Industrien steuerlich am stärksten belastet ist. Die gegenwärtige Belastung des Tabaks ist folgende:

Der Einfuhrzoll für Auslandsabak (Rohabak) beträgt pro Doppelzentner 30 Reichsmark. Die Tabaksteuer beträgt dem Kleinverkaufspreis bei Zigarren 20 Prozent, bei Zigaretten 40 Prozent, bei Feinschnitt 40 Prozent, bei Pfeifentabak 20 Prozent, bei Kautabak 5 Prozent, und bei Schnupftabak 10 Prozent. Man wird nicht behaupten können, daß diese Belastung eine geringe ist. Diese prozentuale Steuerbelastung erklärt denn auch die Höhe der tatsächlichen Einnahmen aus Tabaksteuer. Im Etat für 1924 (1. April 1924 bis 31. März 1925) ist die Summe von 860 Millionen Mark für die Einnahmen aus der Tabaksteuer eingezeichnet. In den ersten elf Monaten, vom 1. April 1924 bis Ende Februar 1925, sind aber bereits 469 570 842 Goldmark eingegangen. Wenn der noch fehlende Monat März einen ähnlichen Betrag einbringt, wie sie durchschnittlich in den verfloßenen 11 Monaten erzielt wurden, so kann man mit einer Gesamtjahresertragsnahme von 500 bis 520 Millionen Reichsmark rechnen. Das wäre ein Mehrertrag von 140 bis 160 Mill. Reichsmark.

Nach dem neuen Entwurf soll der Zollfuß von 30 auf 80 Reichsmark pro Doppelzentner erhöht werden. Die prozentuale steuerliche Belastung der Tabakfabrikate soll wie folgt gestaltet werden: Bei Zigarren auf 25, bei Zigaretten auf 50, bei Feinschnitt auf 50, bei Pfeifentabak auf 25, bei Kautabak auf 10 und bei Schnupftabak auf 15 Prozent des Kleinverkaufspreises. Diese Sätze bedeuten eine Erhöhung der bisherigen Sätze, bei dem Zoll von 166 Prozent, bei der Zigarette, Zigarren, Feinschnitt und Pfeifentabak um je 25 Prozent, bei Kautabak um 100 Prozent und bei Schnupftabak um 50 Prozent. Man wird zugeben müssen, daß diese Sätze sehr stark ins Gewicht fallen. Nach den dem Entwurf beigefügten Berechnungen ergibt sich bei dem Tabakzoll ein Mehrertrag von 30 Millionen und bei der Tabaksteuer eine solche von 186 Millionen Reichsmark oder insgesamt ein Mehrertrag von rund 220 Millionen Reichsmark.

Wenn man in Betracht zieht, daß die Einnahmen aus den vom Reich gemäß Londoner Vereinbarung verpändeten Zöllen und Steuern in den ersten zehn Monaten des laufenden Rechnungsjahres einen Betrag von 1 150 546 836 Reichsmark erbrachte, gegenüber einem Voranschlag für das ganze Rechnungsjahr von nur 1 017 000 000 Reichsmark, also die Höhe der in Aussicht genommenen Beträge nicht nur erreicht, sondern bedeutend überschritten haben, so kann eine fiskalische Notwendigkeit nicht anerkannt werden.

Ebenso liegt für eine Erhöhung des Einfuhrzolles eine Notwendigkeit nicht vor. Würde der nun seit 1922 geltende Schutzzoll von 30 M pro Doppelzentner unzureichend gemessen sein, so wäre sicher eine Vermehrung der Anbaufläche des

deutschen Tabaks im Jahre 1924 gegenüber dem Vorjahre nicht zu verzeichnen. Gerade das Gegenteil ist der Fall; stieg doch die Anbaufläche im Landesfinanzbezirk Karlsruhe von 3606 auf 4543,8 Hektar, also rund 18,7 vom Hundert.

Eine Erhöhung des Tabakzolles und der Tabaksteuer wäre auch für die Industrie nicht tragbar, da die inländische Kaufkraft infolge der geringen Löhne nicht in der Lage ist, eine weitere Belastung zu übernehmen. Weiterer Konsumrückgang wäre unausweichlich, was Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit für Massen von Tabakarbeitern zur Folge hätte. Mit Recht befürchtet deshalb die Tabakarbeitererschaft auf die weiteren Belastung die aller schlimmsten Folgen. Ihre wirtschaftliche Lage ist an sich mehr als eine ungünstige, und zwar wegen der gewaltigen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im letzten Jahre, die ja, soweit die Mitglieder des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter Deutschlands in Frage kommen, bei Arbeitslosigkeit bis auf 33,1, bei Kurzarbeit bis auf 48,1 und bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit bis auf 78,2 Prozent emporschnellten. Unfassliche Not und Elend verbirgt sich in diesen Zahlen. Die Tabakarbeitererschaft muß sich mit aller Macht dagegen wehren, daß sie durch eine Mehrbelastung des Tabaks erneut in solche oder ähnliche Verhältnisse zurückgeworfen wird. Gerade sie würde das Opfer werden. Darum lehnt die Tabakarbeitererschaft einmütig die geplante Mehrbelastung ab.

In den meisten Ortsgruppen des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter Deutschlands der Sekretariatsbezirke Bruchsal, Geiselsberg und Rahr haben in der letzten Zeit Versammlungen stattgefunden, welche zu der geplanten Tabaksteuererhöhung Stellung nahmen. Entschließungen fanden überall einstimmige Annahme, in welchen gegen jede weitere Mehrbelastung des Tabaks protestiert und die Verbandsleitung beauftragt wurde, die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um eine weitere Belastung abzuwenden. Die Tabakarbeitererschaft erwartet vom Reichstag, daß er aus volkswirtschaftlichen und sozialen Gründen, besonders im Hinblick auf die Lage der Tabakarbeitererschaft eine Mehrbelastung des Tabaks ablehnt.

Das Unglück auf der Weser.

78 Tote nach amtlicher Mitteilung.

Hannover, 1. April. Wie das Infanterieregiment 6 Hannover der Telegraphen-Union amtlich mitteilt, ist damit zu rechnen, daß das Reichswehrregiment auf der Weser insgesamt 78 Todesopfer gefordert hat. Bei der 14. Kompanie des Infanterieregiments 18, in Detmold werden 12 Mann vermißt, von der 16. Kompanie 44 Mann. Außerdem fehlen bei der Kraftfahrabteilung 6 in Münster ein Offizier und vom Pionierbataillon 6 in Minden (Westfalen) ein Mann.

Ueber die Schuldfrage ist eine eingehende Untersuchung eingeleitet, deren Ergebnis abgewartet werden muß. Major Schürmann vom Reichswehrministerium weist an der Unglücksstelle. Die Namen der Vermissten werden heute nachmittags bekannt gegeben. Das Ausbildungsbataillon des Regiments 18 ist nach Detmold zurückgeführt.

Der lippsische Landtag hielt gestern nachmittags eine Trauer Sitzung ab, in der der Präsident eine Ansprache an die Abgeordneten richtete.

Nähere Einzelheiten.

Hannover, 1. April. Der Vertreter der Telegraphen-Union, der am späten Abend von der Unglücksstelle bei Welheim an der Weser zurückgekehrt ist, meldet noch weitere Einzelheiten von der Katastrophe. Der Leiter der Geländeübung, Oberstleutnant v. Cochenhausen, von der zweiten Abteilung des Artillerieregiments 6 in Minden gab bereitwillig Auskunft. Danach ist das Rekrutenbataillon des Infante-

rieregiments 18 in Detmold am schwersten in Mitleidenenschaft gezogen worden. Unter den Verunglückten befinden sich auch einige Leute der Kraftfahrabteilung 6 in Münster. Von zwei Zivilpersonen, die sich mit der Pontonfähre übergeben lassen wollten, ist ein Kaufmann aus Warenholz wahrscheinlich ertrunken. Das Unglück ist nach den bisherigen Feststellungen auf das Kentern der Fähre zurückzuführen, weil die Kopplung eines Pontons innerhalb der vier verbundenen Rähne durchgerissen wurde. Die sehr starke Strömung der Weser, die an der Unglücksstelle etwa 75 Meter breit ist, trug ihren Teil an dem Unglück bei. Die Pioniere aus Minden haben mit Aufbietung aller Kräfte und Mittel versucht, zu retten, was zu retten war. Es sind etwa 70 Mann zu Tode erschöpft, aber lebend aus den Fluten gezogen worden. Erst der heutige Tag kann ein völlig klares Bild dieses furchtbaren Unglücks bringen. Die Untersuchungen werden an Ort und Stelle fortgesetzt.

Beileidskundgebung des preussischen Landtags.

Berlin, 1. April. Zu Beginn der heutigen Landtagssitzung gedachte Präsident Bartels des furchtbaren Unglücks an der Weser, dem viele Angehörige der Reichswehr zum Opfer gefallen sind, und monach bisher ein Offizier und 11 Mannschaften als ertrunken festgestellt worden sind, während zahlreiche Mannschaften vermißt werden. Präsident Bartels erklärte, er glaube im Sinne des Hauses zu handeln, wenn er dem Reichswehrminister und den Angehörigen der Opfer das Beileid des preussischen Landtages zum Ausdruck bringe. Das Haus nahm die Beileidskundgebung stehend entgegen.

Der Bericht des Inspektors der Pioniere.

Berlin, 1. April. Der vom Reichswehrministerium an die Unglücksstelle an der Weser entsandte Inspektor der Pioniere, Generalmajor Ludwig, hat folgende Meldung erstattet:
 Bis 2 Uhr 45 nachts vermißt: ein Offizier, 78 Mann; davon 77 vom Ausbildungs- bataillon 18, einer vom Pionierbataillon 6.

Für 2 Mk. 50 Pfg.
 ein zu jeder Zeit
passendes Geschenk
 für die Hausfrau!
 15 Päckchen der bewährten
Oetker - Fabrikate,
 darunter die neu herausgebrachten
 Feinkost-Puddingpulver sind zusammen mit einem **Rezeptbuch** in einer hübsch ausgestatteten **Auswahl-Packung** vereinigt und bilden ein nützliches und praktisches Geschenk **für jeden Haushalt!**
 In allen einschlägigen Geschäften zu haben. 109
Dr. A. Oetker, Bielefeld

Georg Freibergs Aufstieg.

Roman von Signa Maria.

Von Hans schickte Karte Nina ihm Burschenschaft und regelmäßig Nachrichten. Dabei hörte er auch von Kathrine, die nun zu Klängen heiraten wollte. Zur Hochzeit fuhr er nicht, das stand fest. Die Freundschaft mit Kathrine Gleis gehörte der Vergangenheit an. Vielleicht hatte eine Frau nicht die Natur, daß sie dem Mann, den sie liebte, angehören wollte? Ihre Seele war wohl nur auf Liebe, nicht auf Freundschaft getrimmt? Denn auch Kruta Twersten hatte keine Freundschaft gehalten.

Georg machte sich ein merkwürdiges Bild von der Frau, die er doch kaum kannte. Es war das Ergebnis von Grübeleien auf einsamen Spaziergängen. Manchmal gefellte sich Rentloß zu ihm. Sie sprachen oft von der Zukunft, die Georg voller Verheißungen schien. „Dann wollen wir den ersten Schritt zum Aufstieg feiern. Und ich werde Ihnen Berlin zeigen, darauf freue ich mich.“

Der dicke Heubehrand hatte ob der drohenden Examensnöte erheblich an Phlegma eingebüßt. „Wenn das länger geht, werde ich schlank wie 'n Hering“, prophezeigte er melancholisch. „Das ist ja kein Leben, das ewige Zerren und Schufte!“

Varet ging unruhig und mürrisch umher, er mißd Georg auffällig. Georg machte sich darüber Gedanken. Was war es nur, das den allzeit lebenslustigen Varet so verändert

hatte? Das bevorstehende Examen konnte es nicht sein. Varet war befähigt, das Lernen fiel ihm nicht schwer. Georg beschloß, den Stier bei den Hörnern zu packen.

„Du bist mir gegenüber anders als früher“, ging Georg geradewegs auf sein Ziel los. „habe ich dich gekränkt? Sprich dich aus, ich will dir gern Rede und Antwort stehen.“

„Das bildest du dir ein“, Varet wehrte ab. „Es ist das Examen; gegen dich habe ich nicht das geringste, wirklich nicht“, er blickte an ihm vorbei.

„Es tut mir leid, daß unser Zusammensein solchen Abbruch finden soll. Da du aber nicht mit der Sprache heraus willst, muß ich mich aufrieden geben.“

Varet sah ihm nach — wollte ihn rufen und — unterließ es dennoch. Nein, bei Freiberg würde er kein Verständnis finden, bei dem nicht. Und doch war Freiberg der einzige seiner Kameraden, von dem er wollte, daß er gewichtigen hätte. Aber am Ende hielt der ihm eine Moralbaute, spielte sich als Sittenrichter auf, nein, Freiberg, zog er nicht ins Vertrauen, den nicht.

Um Georgs Argwohn zu zerstreuen, war Fritz Varet vor ardhter Zuborommenheit gegen ihn. Der fühlte den falschen Ton heraus und machte den letzten Versuch. „Ich habe von Saufe ein Paket mit Fettkröppel bekommen, die dir so gut schmecken, wenn du willst, finde dich zum Kaffee ein.“

Varet erschien des Nachmittags auf Georgs Bude. Georg hielt das Gespräch in

neutralen Bahnen. Varet wurde fröhlich, bis Georg arglos die Frage tat:

„Wie geht es Riettden?“

Varet sah ihn starr an. „Was meinst du damit?“

Georg lachte: „Herrje, ob du Riettden kürzlich gesprochen hast, ich war seit meiner Rückkehr nicht mehr dort.“

„Es wird ihr gut gehen.“ Varet tat gleichgültig. „Dah du immer nach Riettden fragst, du scheinst dich ja riesig für das Mädchen zu interessieren.“ In seine Augen trat ein feindseliger Zug.

„Nieber Varet, wenn ich gewußt hätte, daß dich die Frage nach Riettden schon in Hannover bringt, hätte ich sie wahrhaftig nicht gestellt. Ich habe Riettden nie geliebt und werde sie niemals lieben. Sie ist ein frisches fröhliches Ding, dem man gut sein muß, wenn sie mit ihren unschuldigen Augen vertrauensvoll zu einem ausblickt. Du brauchst wahrhaftig nicht eifersüchtig zu sein.“

Varet brach bald auf. Es war also doch wegen Riettden und Georg brachte es nicht fertig, den Eifersüchtigen von seiner ganzlichen Ungefahrlichkeit zu überzeugen. Ueber den Rhein wollten graue Nebelziehen, die in Eile zum Ufer trieben. Feiner Sprühregen fäuhete unablässig herab und feuchte Haare und Kleiduna. Frödelnd ging Georg am Rheinufer entlang. Heute war kein Wetter zum Spazierengehen, der Nebel verhängte jede Aussicht. Unheimlich schienen ihm, umgeben von Nebelwänden, neben sich das monotone Gekläche der Rheintweller: ein Fremder konnte leicht Schaden nehmen.

Aus dem Nebel löste sich eine Gestalt und schritt hastig an ihm vorbei in das weiße Nebelmeer hinein, mit solcher Geschwindigkeit, daß seine Neben an ein Spukgebilde glaubten. Unerklärliche Angst erfaßte ihn, wohin wollte der Mensch, der da so eilig an ihm vorüberstrich? Wie leicht konnte er vom Wege abirren, wo das flache Ufer die hohe, schützende Raimauer ablöste. Er mußte warnen, ehe es zu spät war. Eilig schritt er vorwärts, wohin er blickte: Nebel, Nebel.

Endlich glaubte er eine Gestalt zu erkennen. Immer näher ging sie der Raimauer, hatte sie die Richtung verloren? Hörte sie das Klatschen des Wassers nicht? Mit ein paar Sprüngen holte er sie ein.

„Sie werden unfehlbar in den Rhein stürzen, wenn Sie so nahe ans Ufer gehen.“

Eine Frau?

Sie stieß einen Schrei aus. „Was kümmert Sie das?“

Die Stimme! Die Stimme! Georgs elektrische Taschenlampe erhellte ihr Gesicht.

„Riettden?“

Das Mädchen lief zum Rairand. Georg riß es zurück. „Was soll das? Wissen Sie nicht, daß dort der Tod ist?“

„Und wenn, was mischen Sie sich in meine Angelegenheiten? Habe ich Sie beauftragt, den Schutengel zu spielen?“

„Nein, aber der Herrgott dort oben. Der will nicht, daß Sie ein solch grauenhaftes Verbrechen begehen. Riettden, kommen Sie!“

(Fortsetzung folgt.)

Lusthaft auf Verringerung der Verluste gering. Verlauf: 31. März vormittags Feldübung mit Teilen der letzten Division unter Leitung des Artillerieführers 6 im Beisein des Divisionskommandeurs, bei der auch Ueberlegen durch Bionierbataillon 6 zu über war. Das Ueberlegen geschah durch eine Fährte von vier Bontons nach Bild 51 der Brückenbauvorschrift 7 Uhr 30 vormittags waren vier Fährten glatt verlaufen. Zur fünften Fährte gegen 10 Uhr vormittags wurde Fährte mit etwa 150 Köpfen geladen. — Vorläufiger Eindruck über die Ursache des Unglücks: Ungleichmäßige Beladung veranlaßte einseitiges Einfallen der Fährte, Zusammendrängen und Abrutschen der Beladung. Rettung trotz Vorhandenseins von zwei Rettungskähnen und Schwimmgürteln erschwert infolge Zusammenballens der im Wasser Liegenden und Umschlagens eines überfüllten Rettungskähnes. An der Rettungsarbeit haben sich die Bevölkerung und Fährleitung sofort in hervorragender Weise beteiligt. Leitung des Ueberlegens hatte Oberleutnant Jordan vom Bionierbataillon 6, der sich auf der Fährte befand und zurzeit noch nicht vernehmungsfähig ist. Vernehmungen werden 8 Uhr vormittags fortgesetzt. Neben die vom Reichswehrministerium durchgeführte Untersuchung über die Ursachen des Unglücks tritt gerichtliche Untersuchung.

Das am schwersten betroffene Reichswehregiment 18 in Detmold gibt zu dem Unglück an der Weiser einen Bericht heraus, in dem es u. a. heißt: Aus bisher nicht geklärten Ursachen füllte sich einer der Bontons mit Wasser, wobei die Fährte an diesem Ende unter den Wasserpiegel sank. Warnende Zurufe der Bionieroffiziere kamen zu spät. Nach wenigen Sekunden füllten alle Bontons mit Wasser. Die ganze Fährte mit allen darauf befindlichen Offizieren und Mannschaften sank. Ein großer Teil konnte schwimmend das Ufer erreichen. Auf sofort vom Ufer abstoßenden Bontons konnte ein Teil der mit den Wellen ringenden Mannschaften aufgenommen werden. Alle in der Nähe des Ufers befindlichen Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften beteiligten sich, zum Teil unter Einwirkung des eigenen Lebens an dem Rettungsmerk. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, liegt irgend ein Verschulden nicht vor. Die Fährte war vorchriftsmäßig gebaut, hatte sich auch bereits bei mehreren Ueberquerungen als haltbar und sicher erwiesen und trug nicht die zulässige Höchstbelastung. Es hätten nach den Vorschriften auf derselben Fährte noch etwa 30 Mann übergesetzt werden können.

Berlin, 1. April. Die „Voss. Ztg.“ meldet aus Belheim: Heute früh traf aus Berlin Lohmeyer, der Chef des Reichsheeres, General von Seekt, in Begleitung einiger Herren vom Reichswehrministerium hier ein und begab sich sofort an die Unglücksstelle.

Das Sei eid der badischen Regierung.
Karlsruhe, 1. April. In Vertretung des Staatspräsidenten hat Minister Memmel an den Reichswehrminister aus Anlaß des Unfalls bei der Reichswehrübung auf der Weiser folgendes Telegramm gerichtet: „Die badische Regierung nimmt herzlich Anteil an dem die Reichswehr betreffenden Unglück und bezeugt aufrichtig die Verächtung so vieler blühender Menschenleben.“

Die Trauer der Reichswehr.
Berlin, 1. April. Es ist angeordnet, daß sämtliche Dienststellen der Reichswehr bis

einschließlich 4. April d. Mts. aus Anlaß des Unglücksfalles auf der Oberweiser die Flagge Halbmaut setzen.

Schweres Unglück bei der Reichsmarine.

Berlin, 1. April. Der „Lokalanzeiger“ meldet aus Wilhelmshaven: Auf der Torpedowerft Wilhelmshaven sollten die Kessel des Torpedobootes G 8 geprüft werden. Als sie unter vollem Druck standen, flog plötzlich der Deckel eines Mannloches heraus und der Dampf strömte in den Heizraum. Dabei wurden zwei Marineheizer, zwei Berufsschmiede und ein Maschinenbauer getötet, ein Maschinist erkrankte und zwei Marineheizer schwer verletzt.

Deutschland.

Der neue Oberbürgermeister von Hannover.
Hannover, 31. März. Senator Menge (Hannover) wurde mit 33 Stimmen gegen Dr. Delius (Wefermünde) mit 28 Stimmen zum Oberbürgermeister von Hannover gewählt. Der kommunistische Bürgervorsteher Langrehr erhielt 9 Stimmen.

Frankreich.

Austausch der deutsch-französischen Warenlisten.

Paris, 31. März. Gestern Nachmittag 1/2 Uhr traten die deutschen und französischen Wirtschaftsbefugten zu einer Vollversammlung zusammen, in der die von den Unterkommissionen aufgestellten Warenlisten ausgetauscht wurden. Nach diesen Listen wird in den nächsten Tagen verhandelt werden. Von französischer Seite liegen drei Listen über die Waren vor, für die der Mindesttarif, der Zwischentarif und der allgemeine Tarif eingeräumt wird. Auf deutscher Seite hofft man, im Verlauf der weiteren Verhandlungen die Franzosen zu Zugeständnissen zu bewegen, wobei viel davon abhängt, wie die Verhandlungen zwischen den Schwerindustriellen der beiden Länder sich entwickeln werden.

Vertrauensvotum für Herrin.

Paris, 1. April. Die Kammer hat nach Beendigung der Aussprache über die Schließung der Pariser Rechtsfakultät der Regierung mit 318 gegen 220 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Die Sitzung war gegen 8 Uhr morgens zu Ende.

Italien.

Die Militärreform im Senat.

Rom, 1. April. Der Senat beschäftigte sich gestern mit der Gesetzesvorlage, die von Senator Nobilia befürwortet, von General Giardino dagegen abgelehnt wurde. Der Kriegsminister wird heute die Vorlage ausführlich begründen. Schon jetzt kann gesagt werden, daß voraussichtlich ein Kompromiß zustandekommen wird, zumal Mussolini gestern mit General Giardino eine lange Unterredung gehabt hat, in der nach einer Verständigungsformel gesucht wurde. Die Senatsdebatte wurde ohne jede politische Schärfe geführt und die Kritik bezog sich lediglich auf einzelne technische Fragen. Heute wird die Schlussdebatte und die Abstimmung stattfinden.

Belgien.

Das neue Schelde-Abkommen.

Brüssel, 1. April. Die englische und französische Regierung haben ihre Zustimmung

zu dem Ergebnis der belgisch-holländischen Verhandlungen über die Schiffbarmachung der Schelde ausgedrückt, was notwendig war, da hierin eine Aenderung des Vertrages von 1839 vorgehen ist. Das Uebereinkommen soll Freitag im Haag durch den Koning, dem holländischen Minister des Auswärtigen und Symans, dem belgischen Außenminister unterzeichnet werden.

Türkei.

Die türkisch-französische Verständigung.

London, 1. April. Wie der Korrespondent der „Chicago Tribune“ aus Konstantinopel drahtet, ist der französische Vertreter in der Türkei, Franklin Bouillon, mit der türkischen Regierung dahin übereingekommen, die unter französischem Mandat stehenden syrischen Distrikte der Türkei zu übergeben und zwar in einer Form vollständiger finanzieller und administrativer Autonomie. Daneben wird die Türkei ebenfalls nach einem syrischen Landstreifen erhalten. Die Einzelheiten werden zurzeit noch ausgearbeitet. Die gegenseitigen französisch-türkischen Konzeptionen stellen die Erfüllung der Geheimklauseln des Vertrages von Angora dar.

Amerika.

Umschwung in der Kupferpolitik.

Newport, 31. März. Coolidge hat mit Kellogg und Borah über die Abrüstungskonferenz und im Zusammenhang damit über die allgemeine politische Lage beraten. Nach der Sitzung erklärte Borah den Pressevertretern, daß die Regierung entgegen den Gerüchten die ruflandfeindliche Politik Hughes nicht fortzusetzen beabsichtigt.

Nach der Wahl.

M. Langenbrücken. Im „Verbinder“ ist auch das Wahlergebnis von hier erschienen am Montag. Ein kleiner Irrtum hat sich dort eingeschlichen; Wundorf hat hier keine Stimme erhalten. Die Verteilung an der Wahl war 79 Prozent, wohl eines der besten Resultate im Bezirk. Den Mitgliedern unserer Zentrumsorganisation gebührt Dank für alle Mühe und Arbeiten am 29. März.

R. D. Gernsbach, 31. März. Wenn hinter dem Gernsbacher ein bedeutungsvoller Tag liegt, selbst wenn es ein Jahrmakelstag ist, dann schaut er hinter sich und unterzieht das alles, was hinter ihm liegt, noch mal einer Betrachtung. Man kann dieses auch tun nach einer Wahl. — Gernsbach ist ja bekanntlich politisch genommen, „Rechts-wild“. Er mag in dem alten Städtchen viele geben, welche zum Vorkon die Fahne Schwarz-Rot-Gold hinausführen und dabei aber auf dem Heuboden schon wieder im — Stillen eine Stange richten — eventuell für — Schwarz-Weiß-Rot. — Aber trotzdem der „Rechts“-Mack samt und sonders „Zumpdo“ noch am Samstagabend im Bismarckschen Sinne manövierte, um dem Gernsbach unbedingt den Stempel „Reaktionär“ — aufdrücken zu können; es gelang ihnen nicht in ihrem Sinne. Der Reichsstadtrat brachte 691 Stimmen auf, die drei Verfassungsparteien Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten 741 Stimmen. Zwar hat das Zentrum etwas Stimmen eingebüßt, was an der klauen Wahlbeteiligung liegt. Es wurde rund zu 70 Prozent gewählt. Mary erhielt 322 Stimmen.

Aus dem sozialen Leben.

Leichte Besserung der Arbeitsmarktlage in Baden. Die Gewerbeschlossergasse ist in der vergangenen Woche um 535 gesunken und beträgt 18 080. Die Besserung bezieht sich vor allem auf Landwirtschaft und Gärtnerei, auf die

Kunstfreunde

werden an der nächsten Nummer unserer Bilderbeilage „Sterne und Blumen“ besonderen Gefallen finden. Ein ausgezeichnete Aufsatz von Hochschulprofessor Dr. Heinrich Mayer handelt von dem wohl glänzendsten Baudenkmale der späteren Stauferzeit, dem Hamburger Dom. Zahlreiche Bilder geben eine Vorstellung von der Herrlichkeit dieses ehrwürdigen Heiligtums und den Schönheiten der kunstvollen alten Stadt, die sich zu seinen Füßen breitet. Dr. Müller führt den Leser ein in die neu eröffnete Galerie für christliche Kunst in München, von dessen wertvollen Beständen gute Bildproben gegeben werden. Eine Reihe interessanter aktueller Bilder beschließen das Blatt.

Metall- und Maschinenindustrie, auf die Lederindustrie, auf das Holz- und Schnitzstoffgewerbe. In der Tabakindustrie hat sich die Lage weiter verschlechtert.

Verkehrsfreie in Hamburg.

Hamburg, 1. April. In der gestrigen Urabstimmung der Angestellten der Hamburger Hochbahngesellschaft über den von der Schlichtungskammer gefällten Schiedsspruch, der zwar eine Lohnerhöhung bringt, die Arbeitszeitfrage aber unerledigt läßt, wurde dieser mit überwiegender Mehrheit abgelehnt. Infolgedessen sind die Angestellten der Hoch- und Untergrundbahn, der Straßenbahn, der Niederbayer und der Autoombusse Groß-Hamburgs in den Streik getreten.

Steuerfragen.

Sitzung des Finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats.

Berlin, 1. April. Der Finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats führte in seiner gestrigen Sitzung die Beratung der Steuerfrage fort. Die Heranziehung der öffentlichen Betriebe zur Körperschaftsteuer lehnte der Ausschuss ab. Beim Abschermertungsgebot betonte er, daß ein- und daselbe Familienobjekt nur mit einer Realsteuer, entweder der Grund- und Vermögenssteuer oder der Gewerbesteuer belastet werden dürfe. Ferner empfahl er die Erhebung einer Nachschsteuer. Beim Gesetz zur Änderung der Verlehrssteuer wurde die Herabsetzung einer Reihe von Steuerjahren gewünscht. An Einkommensteuern dürften in den nächsten Jahren nur das für die umhergehenden notwendigen Ausgaben unerläßliche erhoben werden. Das steuerfreie Einkommen sei auf 1200 Mark zu erhöhen. Die Steuer soll für die ersten 3000 Mark 10 Prozent betragen und sich bis 40 Prozent steigern.

Hochschulen.

Ehrenvolle Berufung. Der Vorsitzende des Bad. Landesamts für Arbeitsvermittlung Regierungsrat Dr. Wehle, Privatdozent an der Universität Heidelberg, erhielt einen ehrenvollen Ruf auf den neu errichteten Lehrstuhl für praktische Volkswirtschaftslehre (insbesondere Sozialpolitik) und für Finanzwissenschaft an der Handelshochschule in Nürnberg. Regierungsrat Dr. Wehle hat, wie wir hören, den Ruf angenommen.

E. Büchle Kunsthandlung und Rahmenfabrik
Kaiserstraße 128
Inh.: W. BERTSCH zwischen Wa. d. u. u. Kal. erstrasse
Wandb. derschmuck :: Bilder-Einrahmungen

Pianos-Harmoniums erste Weltmarken zu günstigen Preisen und Bedingungen **Karl Lang** Kaiserstr. 167/1 Telefon 1073 Salamander - Schuhhaus

Hokusai
der große Meister Japans, sein Leben und sein Wirken.
Wenn es im 18. Jahrhundert die Verklärung mit der chinesischen Kunst gewesen war, die in Porzellan, Malerei und Kunsthandwerk Europas starke Einwirkungen abgeleitet hatte, so war es im 19. Jahrhundert die Kunst der Japaner, die eine neue mächtige Welle ostasiatischen Einflusses auf den Westen einleitete, wie Dr. Dresdner in der Einführung zum Februarheft des „Sudrio“, einen Aufsatz L. Vinson über Hokusai würdigen schreibt. Mit größter Begeisterung wurden die japanischen Kunstschöpfungen aufgenommen, die seit den sechzig Jahren in beträchtlicher und schnell wachsender Zahl in Paris bekannt wurden, und das junge damals heranwachsende Japan stieg gleich hat aus ihnen künstlerische Anregungen gezogen, die für den Wiederaufbau und den Kolonialismus ihrer Werke von nachhalliger Bedeutung geworden sind. Kaum ein japanischer Meister hat damals zunächst einen so starken Eindruck hervorgerufen wie Hokusai. Sein Name war auf einmal im Munde aller Künstler und Kunstfreunde; man sah in ihm einen der Großmeister Japans, und die Monographie, die Edmund de Goncourt 1866 über ihn veröffentlichte, ist ein dauerndes Denkmal dieser frühen Hokusai-Begeisterung. Es war natürlich, daß man sich zuerst gerade mit Hokusai am engsten befreundete, da er durch seine Realismus dem europäischen Verständnis näher stand als die älteren japanischen Meister der japanischen Kunst die ästhetische trat erst später und am allmählich wieder in das europäische Bewußtsein. Als man dann aber die Kunst Novans entdeckte, geschäftlich und mehr mit den Augen der Japaner selbst betrachtete, dann trat Hokusai in den

Schatten. Man erfuhr, daß die japanischen Kenner ihn als stillos und ungenügend beurteilten und ihn den Rang voller Meisterhaftigkeit verweigerten; man begriff, daß er nicht, wie man geglaubt hatte, annehmen zu dürfen, den Höhepunkt der Kunst der japanischen Kunst begehete, und am Ende tat der, der auf das Nir der Kennerkunst Wert legte, gut, von Hokusai's Kunst mit einer gewissen dubiosen Zurückhaltung zu sprechen.
Jetzt hat das Britisch Museum wieder eine umfassende Ausstellung von seinen Werken veranstaltet, die Laurence Binyon, einem berühmten Kenner der Kunst des Ostens, Veranlassung zu einer umfassenden reich illustrierten Arbeit über den japanischen Meister in dem neuesten Heft des „Sudrio“, der bekannten Kunstzeitschrift, gegeben hat, und es liegt nahe, anzunehmen, daß diese Veranstaltung auf eine neue Revision des Urteils über den Künstler hindeutet. Denn daß er trotz alledem ein wahrhaft großer Meister der Kunst gewesen ist, das kann keinem Zweifel unterliegen. Er ist in der Entwicklung der japanischen Kunst der Bräuer der alten Tafel, er hat mit großer Kühnheit versucht, eine bestechende Tradition zu beleben, und hat ihr noch einmal neue Möglichkeiten abzuwehnen. Sein Lebenswerk ist voll innerlich tiefen Interesses, sein Lebensgang höchst merkwürdig.
1760 in einer Vorstadt von Jeddo geboren, machte er die Lehre bei einem Holzschneider durch und trat dann 1778 in die Werkstatt des Meisters Sunsho ein, die er 1786 verließ. Es folgten etwa anderthalb Jahrzehnte, während denen Hokusai unter den schwierigsten äußeren Verhältnissen in seiner Werkstatt arbeitete. In diese Zeit fällt u. a. seine Tätigkeit als Maler jener Surimons, in denen die Japaner die Holzschnittkunst zu ihrer höchsten Ausprägung gebracht haben. Noch im 1800. als er bereits ein Mann von vierzig Jahren war, hat er sich durch neue künstlerische Einfälle hervorgetan können.

Damals ist er der Kunst Uamoras, des gefeierten japanischen Malers, nähergetreten, damals hat er sich in die Lehren der europäischen Kunstwissenschaft einführen lassen. Seine große Zeit beginnt mit dem Jahre 1812, in dem er den ersten Band der „Manga“ veröffentlicht. Von diesem Werke sind im ganzen fünfzehn Bände erschienen, von denen die letzten drei nach seinem Tode veröffentlicht worden sind. Die „Manga“ enthalten, man kann sagen, Zeichnungen von allem, was es zwischen Himmel und Erde gibt — wie es in der Vorrede zum ersten Bande heißt, „himmlische Dinge und Buddhas, das Leben der Männer und Frauen, ja sogar Kägel und andere Tiere, Kräuter und Dämonen.“ Diese ganze ungeheure Fülle von Beobachtungsstoff ist durchweg, oft auf die geistreichste Weise, in lebendige künstlerische Form umgesetzt. Man begreift bei der Durchsicht dieser Bände, daß Hokusai sich den Namen „Gwaikojin Hokusai“, d. h. des von der Meinung befreiten Hokusai, beilegte. Binyon hat ihn mit Turner verglichen; oft aber erinnert sein Werk daran an Manzel, daß er mit ihm die Leidenschaft teile, alles getreulich festzuhalten, was sein Auge wahrnahm. Zu dem Vergleiche mit Turner ist Binyon wohl dadurch angeregt worden, daß Hokusai in der Zeit seiner Vollreife, die man etwa in das dritte Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts setzen kann, mit besonderer Vorliebe und besonderer Glücke die Landschaft gezeichnet hat. In dieser Periode erschienen seine berühmte Reihe von „Wasserrufen“, von denen das berühmte „Fischmarkt“, „Wasserrufen“ in der Provinz Kio“ ein Beispiel liefert. Die „Wasserrufen“ in der „Sumi-e“-Reihe“ zeichnen sich durch die kraftvollen „Wasserrufen“ der „Wasserrufen“, besonders durch den eleganten Aufbau aus, der den horizontalen Linien des Wassers durch feingeführte Kurven Licht und Bewegung. Es erheben sich weiter seine beiden Sammlungen von „Achtzig des Fuji“, des höchsten japanischen Berges der Japaner. Aus derselben Zeit kommen

men die „Hundert Gräber“. Damals war Hokusai bereits hochbetagtes Schulhaupt. Für seine Schüler hat er eine Anzahl von Unterrichtswerken veröffentlicht.
Nichts ist für des Meisters Charakter bezeichnender als das Bekenntnis, das er im Nachwort zum ersten Band der „Hundert Ansichten des Fuji“ 1834 abgelegt hat. Er sagt darin, daß er schon im sechsten Jahre den Drang in sich gefühlt habe, die Gestalten der Dinge abzuzeichnen, gegen fünfzig Jahre alt, habe er bereits eine Anzahl von Zeichnungen veröffentlicht gehabt, sei aber unzufrieden mit allem, was er vor seinem sechzigsten Jahre (1830) geschaffen habe. Erst im Alter von dreißig Jahren habe er an nähernd die wahre Gestalt und Natur der Vögel, Fische und Pflanzen erfaßt. Folglich hoffe er, im Alter von achtzig Jahren noch große Fortschritte zu machen, mit neunzig Jahren aber ins Wesen aller Dinge einzudringen, mit hundert Jahren werde er sicherlich zu einem höheren, unbeschreiblichen Zustande aufsteigen, und werde er erst hundertundzwanzig Jahre erreicht haben, so werde alles, jeder Kunst, jede Kunst Leben erhalten. Dieses Wort hat er freilich nicht mehr erreicht; er ist, „erst“ neunundachtzig Jahre alt, 1849, verstorben. Dr. Albert Dresdner.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

1. An
tag n
nie, i
Das
ganze
Darm
das
moll
nieder
und
stift
auf d
ander
einer
Ungl
Beien
berüh
in de
ihm r
Schm
der g
allen
regun
Ungl
widrig
Gauje
erit r
stid r
hat e
erhiel
einer
Gele
W. W
daher
Geno
geit
in ih
Wird
Ein r
will
treten
zeren
Schau
fraten
Manu
selbst
berden
hinne
die G
nach
feiz
Gut
jetzt
schäff
berg
Kun
nuk
schu
nun
Saub
der d
führe
zeitge
Seiten
den d
maß
Das

Ich keine rebe Bretteform mit Gürteln von Gebild. Und
dort wogel die verghnissvolle Guch, alle Stoffformen
des Dreifaltigkeit, um keinen Thron zu fahren, obwohl er
wolle, daß die Christen immer fast nicht und nie ver
gibt. Napoleon, der Imperator, war seiner selber. Napo
leon, der Kaiser der Franzosen, aber sich am liebsten zu sich
selbst vor seinen Franzosen. Nur ein Genie mit jener Welt
werde konnte das Streben nach Legitimität nicht, weil es
seines Meos am liebsten war: Beethoven schritt durch die
Jahresburger Kaiserfamilie, ruhig und stolz, während Goethe
vor den Mächtigen höflich hutzte. Legitimitätsgenossen
quälten den herrschenden Herrschenden. Ein Sohn sollte König
sein aus Kaiserthum. Dieser Erde war das einzige Ziel des
Erfolges der Kaiser. Sein größtes Grollen hieß: Grollen
vor Erblichkeit. Josephines penitente Bettebung ent
sprang aus diesem großen Grollen. Bei allen Frauen, die
sich je um den solistischen Napoleon brühten, suchte er nur
die Mutter seines Sohnes. Schließend führte die Grundhar
teit der Jahresburger die einseitige Kaiserthron in die Thone
des Imperators trotz ihrer wüsten Forderungen. Napoleon
brauchte die Dynastie um der Legitimität willen. Deshalb er
hob er seine sonderbare und bunte Personlichkeit auf die
Throne der alten Welt. Sein bürgerliches Sittengesetz trieb
ihn dazu, nur der Mensch nach Legitimität führte den Spo
lter zu dieser unpolitischen Tat. Ihn verwandtschaftlich
wäre nicht soft Deutschland getroffen unter Otto I., keinem
Mengenher. Das Betteburg Napoleon vernichteten die
Fürsten aus dem Hause Bonaparte. Napoleon wollte sel
nem Sohne ein Reich erben und einen Staat vererben.
Sein Reichthum reichte weit über das Imperium des fünften
Stark, in dem die Sonne nie sank. Als Kaiser über des Mo
rens und des Sibiris träumte er, daß seine Macht reiche von
der östlichen Grenze, über die Meere, weit nach Amerika.
Der Reichthum verbrachte im Sturm zu Moskau. Dort
zerstörte Napoleon, der Herr der Welt. Er wollte ein Bürger
und wollte in Frieden regieren. Dort mußte der weltliche
starke Spionat herrschen. Waterloo und Eba folgten. Der
Niederbruch der Weltberühmtheit hatte entmenschen
gewirkt. Die hundert Tage Staatsberührung der Franzosen
glichen einem Sonnenstich. Aber nur solche konnte, mußte
am Ende zerfallen. Napoleon hatte hundert Beschreibungen
gegeben für die Andern. Die erste für ihn selbst war ihm un
erträglich, da er sich selbst zur Volkspuppe erniedrigt hatte.
Napoleons Kaiserthum war, das glaube ich sicher, der Höhe
punkt der menschlichen Demokratie. Der Kaiser Napoleon
verkörperte das große Mollen aller Franzosen. Napoleons
Taten waren die erfüllten Wünsche seines Volkes. Er über
wand die systematische Demokratie der Freiheit und regierte
als Volksgesetzgeber. Dort beruhte seine Stärke, die
erf. Jethelichte, als der Volkstater Landesherrn werden
wollte, wie der Bürgerkönig. Den Landesherren vergrüßte
die Franzosen den Kaiser nie. Napoleon hatte gar
nie Französisch gredacht, aber die Franzosen
nur allmählich napoleonisch. Napoleon, der
legte königliche Imperator, starb auf St. Helena, aus dem
Abstände geworden, ein Bürger ohne Heimat, ein Genie,
den es bereuht war, seine Erfüllung zu freifen.

Mit der Reichthum beidiger Wissenschaft spürte der
Menschenthieler nach den Triebkräften dieses genialen
Menschens. Laitsch und Gleich — die Biene war sein
Bspenpiter — Selbstthätigkeit im Guten und im Bösen und
süßher Mut, seine Schachbrettcourage leiteten Bonaparte.
Berechnung errang seine Siege. Der Krieg war das Mittel
seines Erfolges, doch verachtete er ihn als Menschenthums.
Menschenthieler lehrte ihn Menschensverachtung. Romantische
trieb das Schmeicheln seiner Spoliti. Prophezeitkraft war
keine Gottesgabe. So erregte er die Notwendigkeit der
Republikanierung Europas. So, er rief schon auf zur
Gründung der Vereinigten Staaten Europas. Napoleon
lebte im Dornen Göltes. Er glaubte Gott, alles um uns
hin verhandelt. Von Ephemere befannte er sich zur solisti

sehen Religion. Das ist der letzte Beweis seines Legitimitäts
sinnes, seines Bekenntnisses zur Staatskirche, nicht das große
Eredo eines Bekehrten. Er war ein Heide, vielleicht der
letzte Römer, den der letzte und beste Griechische erkannt und
geliebt hatte: Goethe.

Nur Napoleon ein Ende oder ein Anfang? Spengler
weist auf kommende Diktatoren. Ludwig schrieb sein Bette
"für die glühende Jugend Europas als Vorbild und Bar
nung". Die Glühenden ergriffen sich an ihm wie an Gnan
hols Kaiser-Mer. Aber die Ergriffenheit bleibt — eine frucht
lose Fruchtbarkeit. Das unbewußt Erreichte wiegt am schwersten
bei Ludwigs Wert. Er hat den Weg gewiesen zu einer stöh
nigen Geschichtsforschung. Die geteilte Welt ist nicht
leit, selbst der geteilte Napoleon, dann er
dem Erveder Gemüth. Ihm selbst aber gelten die
Morte, die er über Plutarch formte: Er ist ein Mörder an
Kultur, ein Franzose an physiologischer Berne, ein Engländer
an Puritanismus, an Grundsätzlichkeit aber ein Deutscher.

Selbstverleugner

Soweit sich selbst: eine rechte Harmonie der Kirche mit
unterer Kultur ist unmöglich, wäre für die Kirche nicht be
bar und auch der Kultur zum Schaden. Von Christus ist
gesagt, er sei das Geigen, dem widersprochen werde. Er
selbst gewann die großen Parteien seiner Zeit nicht, und auch
den Seiten gab er Klar zu verstehen, daß Bedenkliches über
harrte. Und bei allem Streben nach gelingender Mission:
das Streng muß haben bleiben, und das bleibt immer für die
Masse eine Last. Christi Worte sind hart, und wir müssen
sie hart lassen.

Eine andere Frage ist die: Sind die großen Gedanken
des Christentums zur Erhebung und Hebung der Völker
auch im Sturm und Drang des Welt noch lebendig? Wie
sind wir ihre Wirkung auf die Gesellschaft tiefer und noch
höher gehalten?

1. Dazu bedarf es zunächst der Persönlichkeit. Be
gründer und Bollwerk der christlichen Persönlichkeit ist
Christus. Um ihrer Freiheit willen hat er ihre einige Schran
ken gesetzt. Aber er hatte Achtung vor der Eigenart, dem
Eingetragenen, das jede Persönlichkeit bedeutet, hochste auf
jede Schwächung des Temperaments, neben Mächtigkeit auf
solange Stellung, auf Bildungsstufe, Nationalität. Diese gött
liche Rücksicht hat ihr Gerthüm im modernen Subjektivismus
muss. Wenn wir uns auch mit Mitleid dem Subjektivismus
des modernen Fortschritts abwenden, so bleibt aber doch
die Weisheit dessen bestehen, der gesagt hat: "In meines
Vaters Hause sind viele Wohnungen."

Der freihelliche Sinn vergangener Jahrhunderte hat
sich einmal in das gelbe Wort des hl. Bernhard gedrückt:
fides non imponenda sed studenda — den Glauben gewinnt
man nicht auf, man rät ihn an.

Es war einmal — da hat der Dornwurf durch unsere
Mischen gekennet, als seien die Katholiken gar nicht aber
hoch weniger süßig zum Mitleid in der geistigen Kultur
der Gegenwart. Was heute von katholischer Seite an
geistigen und sozialen Werten ins Volk getragen wird, muß
mit Genehmigung und so fernem Mut für die Zukunft erfüllen.

2. Von eigener Seele muß die Kirche herrschen. Gewiß
ist Kampf ein Zeugnis von Lebenskraft. Die Geschichte der
Kirche ist auch die Geschichte großer Gegensätze, und erst im
Abwärtzug der Meinungen offenbart die Tiefe und Breite
der katholischen Weltanschauung.

Neue Schritte müßten auch neue Tiefsen auf, und dazu
müßte der Geist über die Masse der Kirche, um die
Gewalt des Meisters anzulegen, der, mit Kyrie eleis auf
geweckt, ringsum Frieden schuf. Gott bewache uns vor der
Zerstückelung. Schreiten aber große und kleine Meinungs
verschiedenheiten nicht ein großer Mitleidenschaft der Ge
meinungen und Missionen werden?

Wenn wir an denselben Christus glauben und keine
Götze aufzichten wollen im Gethümel der Gegenwart, wenn
berühle Glaube an die Unverwundlichkeit des Christentums
und den ewigen Beruf der Kirche uns befehlt, wenn die Mot
der Welt uns alle braucht und jeden ganz — was lassen wir
Blut fließen an eigenen Feind, Bruchbrüder!

3. Große Werte können nur aus ergöttemen Seelen
kommen. Eine christliche Mitleidenschaft unserer heutigen
Kultur herbeizuführen, fordert bringende Arbeit religiöser
Bereicherung, Vermehrung, Begeisterung. Wenn nicht das
Streng, welcher Gemut bekommt, dann werden uns anweils
ohne an diesem bodenständigen Raum vom Gemüth der gigan
tischen Höhe die Fundamente zerbröckeln. Diese unerschö
pliche Arbeit wird auch ins Endlose durchbrechen und eine Mus
bruderschaft von christlichen Operadgen schaffen.

4. Nicht das ist die Frage: Wie stampfen wir Toleranz
aus dem Boden? sondern: Wie freuen wir christliches Geuere
in die Gesellschaft, wie geben wir dem christlichen Gedanken
der christlichen Bevölkerung und Gesellschaft, die alle
impraktische Kraft jurist, die ephemer Denter und Dichter und
Schlichter, ja selbst die Glaubenslosen unter ihnen, zu dem
großen Menschentum und der überweltlichen Person dessen
hingegen hat, der auch für alle Schöpfungen gesagt hat:
"Ich bin das Leben!"

Und dann: Bildung und Arbeit am Volk aus reli
giösen Motiven! Das Christentum hat Mitleid, die erste
auf sich und gut durchgederem Grunde aufgehen, und dann
dergeßten wir das nicht: "über der höchsten Bildung, schwebt
der Gang einer tiefen Mitleidenschaft." Die Mitleidenschaft erweist
vor dem Unbegreiflichen, das sie mit keiner Fackel aufhellt,
mit Unwissen und Ehrfurcht. Dem Dichter bietet das Letzte
immer noch unklar: der große Schlichter geht taunig von
seinem Wert, denn für das, was er innerlich erfährt, gab
es keine Form. Echle Bildung, jammal die große Literatur,
süß uns die Tragt aller Lebens erfahren und süßt über
den bunten Schmutz des Lebens bis an die Tore des Tem
pels, aus dem es vornehmlich flingt: Credo in unum

Deum.

Schließlich auch, wer hätte es leichter, das Volk zu
föhren und an ihm zu arbeiten als gerade der Katholik? Das
gesehen ja auch die modernen Führer der Volkshaltung: ja
wir brauchen ein leichtes Ziel und eine bestimmte Mitleid
sagung vom Mitleid des Menschen. Müß da lautet die aller
erste Frage: was ist unferes Dolehns Zweck und Ziel?

5. Eine ganze Reihe von Berichten arbeitet heute an
der christlichen Botschaft. Der Dr
gestaltungen sind genug, wenn nur der rechte Geist sie
berührt. Wir Katholiken hören und denken gern himmelauf
siegende Gedanken über den Hingang Gottes in der trübsigen
Schönheit. Was sollte uns hindern, mit dem Bertaubens
der Schöpfung, der nachdrücklichen Gottesanbetung, mit
Literatur und Kunst, die das schöpferische Mollen
Gottes nachahmen, die unser Inneres aufleben lassen, uns so
erst und gründlich zu befehen, daß wir Dichtung und
bildende Kunst als lebenswichtige, abende Mädie be
trachten? Wir hätten kein Recht dazu, die Geister Dante,
Bosffren von Eghenbad, Michelangelo zur Begung
unferer kunstvollfertigen Kraft aufzurufen wenn nicht ihr
großes Sinnen und tiefes Trauen auch heute noch in uns
lebendig wäre — gewiß, die großen Schöpfungen der Kunst
brauchen nicht aus fündlich gläubigen Gemüthern zu kommen,
aber ein übermächtiges Moll muß den Künstler wenigstens
für Augenblicke und abmählich über den Willig hinauf
reßen, die Lebenskraft muß ihn packen dürfen, damit er
aus erregten Tiefsen die edle Bette aus Licht bringen kann.

Und solange der Mensch die Bette anderer Meisten
kämpft, schmach und hoch vertrauens, geprengt und doch
lebensdürstig, schuldig und doch hoffnungsvoll, wird die dristi
sche Tragt nach Dichtern suchen, denen ein Gott gab, an

sehen, was sie leben, wird der Dichter die feinsten Töne, in
denen die Welt ihren Sinn vertritt, in sein Herz aufzunehmen,
wobei bildende Künstler ihre erhabenen Ergründerungen
galtigen Begehren und Goltgabe erfahren, werden Mütter
Sturm und Gille ihrer Seele von Christus fagnen lassen, mit
Gloria und Benehntus ihn borten ober in einem Stabat
Mater Stegen weihen.

Darauf kommt es an, daß viele dieses christliche Leben
hing und mit Andacht leben, aber damit ist die ganze Auf
gabe noch nicht unternommen.

Im der Literatur müssen wir die Mission der Form er
kennen. Jeder Bilde in die geistige Schrift sagt uns, wie die
göttliche Macht sich darstellt: in Schöpfung und Schrift kommt
sie einher. Allen Edele in Gottes Welt darf unser Gemüth
sich verschwimmern, daß es in ihren Mittern und Farben
von allem Guten reden kann. Eine große, gültige
Liebe zu unferer deutschen Sprache, die buntliche
Gemüth zu dristliches Empfinden begt. In der Wärme
eines religiösen Frühlings vor 600 Jahren trieb sie stiftliche
Müllen, die nicht unbekannt verträmmern sollten. Was müssen
auch die süßen Silber an der Hand, wenn nicht lebendiges
Müderleben der Größe unferer Velden und Stiltigen uns
Gott von ihrem Geiste gegeben!

Gewiß, Sturm muß die Schrift sein, das Mollische nieder
werfend, aber auch Leben weckend im Bestreben guter
Reime. Eprich ringende Talente zu fähren oder aus unfer
Religion hinauszuwürgen, wäre bekehrungswert.

Muß das Volk muß wissen, warum unter Sterngott
Dichter auf die Welt kommen läßt, muß lernen, ein gut es
zu thun als Gold zu wägen und zu adhen. Mollisch wäre ge
wommen, wenn unter Volk gute Dichter verstände und sie ge
braucht wie sein täglich Brot! Wie notwendig ist so ein
Trunf geistigen Lebens für alle, die unter gestilltem Tage
wert süßen, wie müßige das Lebensnahrung bereiten,
den Fortschritt weiten, sozial verfahren und ches Menschentum
der Mollheit auführen.

Nicht minder notwendige Arbeit verlangt das Gebiet
der Kunst. Wir verachten und bekämpfen den Molltheil
mus, der dem Menschen das harte Müßigen abnimmt und das
süße Gelassen zum Lebensgeßet erhebt. Es gibt einen un
verrückbaren Prinzipal des Stiltlichen, und in der Welt ist
hinter dem Schönen so viel Süßliches, das nach Bornberga
heit ist. Christus läßt das rechte Leben. In der Blume
süß er die Spur Gottes, im süßen Kluge die süße Seele, in
allem Mleuben das Sumere. So soll es mit der Kunst sein.
Nichts sei ihr zu geringfügig, uns süß befehend borten, zu
unferen. Mollung süße neben Mollung, wenn ihre Werte
nur kein Merg verberben. Die seeliche Entwicklung der
Menschheit springt so nicht von Ganne zu Ganne, da wollen
Geleße. Wir müssen jede harte Müßtheiligkeit, die
süß mit Ehrfurcht an dristliche Stoffe magt und wochthafte
Kunst schafft. Wir ehren die seelischen Reichthümer der
Materie, die sich in laulend Meisen offenbart, die Dinge zu
föhren. Wir fühlen uns hingezogen zur frommen Ge
sinnung moderner Bauwerke und Gannwertkunst, in denen
die Seeliche ihren Drang nach ehrlicher Bestimmung auf
weltliche ausdrückt, wir glauben an die Macht der Zeit,
uns eine Kunst zu sperren, in deren Säulen und vor deren
Müllern wir so gut wie vor alter Kunst uns zur Müßacht
fommeln, Seyre fügen und Beterunter fagen.

Mag vieles und viele heute gottberausen im Dunkel
iren, es herrscht doch viel ehrliches Streben und Gungen, denn
wir nach Frühen ein glühendes Günden vermitteln sollen
und wollen.

Von der Kunst zu leben

Mancher Geier und die meisten Geirinnen werden für
den Molltheilismus dieser Heberfucht, wie sie meinen, nur
ein solches Rädelein übrig haben. Leben eine Kunst? Eprich

1. An
tag n
nie, i
Das
ganze
Darm
das
moll
nieder
und
stift
auf d
ander
einer
Ungl
Beien
berüh
in de
ihm r
Schm
der g
allen
regun
Ungl
widrig
Gauje
erit r
stid r
hat e
erhiel
einer
Gele
W. W
daher
Geno
geit
in ih
Wird
Ein r
will
treten
zeren
Schau
fraten
Manu
selbst
berden
hinne
die G
nach
feiz
Gut
jetzt
schäff
berg
Kun
nuk
schu
nun
Saub
der d
führe
zeitge
Seiten
den d
maß
Das

1. An
tag n
nie, i
Das
ganze
Darm
das
moll
nieder
und
stift
auf d
ander
einer
Ungl
Beien
berüh
in de
ihm r
Schm
der g
allen
regun
Ungl
widrig
Gauje
erit r
stid r
hat e
erhiel
einer
Gele
W. W
daher
Geno
geit
in ih
Wird
Ein r
will
treten
zeren
Schau
fraten
Manu
selbst
berden
hinne
die G
nach
feiz
Gut
jetzt
schäff
berg
Kun
nuk
schu
nun
Saub
der d
führe
zeitge
Seiten
den d
maß
Das

Sturmjahren im Badischen Landtag.

Sturmjahren von den Kommunisten provoziert. — Verhärzung der Geschäftsordnung.

Ein kritischer Tag erster Ordnung war der 1. April. Das Parlament stand auf Sturm. Es spielte sich Szenen ab, wie sie der badische Landtag nach dem Zeugnis aller Parlamentarier noch nie, jedenfalls seit Jahrzehnten nicht erlebt hat. Das Unwetter kam von links, von der äußersten Linken und brachte mit elementarer Gewalt das ganze Haus in Aufruhr. Die Herren und Damen von der kommunistischen Partei hatten das Bedürfnis, von sich reden zu machen. Sie wollten ihre „Massen“ über die eskalante Wahl-niederlage vom letzten Sonntag hinwegtäuschen und spekulieren auf das Mittel der mehrheitssta-tistische Wähler, die ihnen wieder etwas mehr auf die Beine helfen sollen. Dies gelingt, ist eine andere Frage. Die Sitzung wurde eröffnet mit einer Kundgebung für die Opfer des furchtbaren Unglücks anlässlich einer Reichsmehrung an der Weier. Diese keineswegs geeignete Gelegenheit benützte der Mannheimer Kommunist Ritter, um in der üblichsten Weise sein Mitleiden an der von ihm misgehohten Reichsmehrung zu kühlen. Seine Schimpfereien gingen natürlich über den Rahmen der zulässigen „Erklärung“ weit hinaus. Auf allen Seiten wurden Schlußrufe laut. Die Erregung steigerte sich und schließlich mußte dem Abg. Ritter wegen seines geschäftsordnungs-widrigen Benehmens das Wort entzogen werden, weil alle nichtkommunistischen Abgeordneten des Hauses es verlangten. Doch nun ging der Sturm erst recht los. Herr Bod ist wieder da und wollte sich sofort bemerkbar machen. Bessere Manieren hat er von Italien aber nicht mitgebracht. Er erhielt auf Verlangen das Wort zur Abgabe einer Erklärung über seine bekannte Diäten-Angelegenheit. Er ist auf seine Freunde in der S. V. D. sehr geladen. Seine Erklärung ist daher mit Pfeilen scharf gespickt. Er wirt den Genossen „Gemeinheiten“ vor. Der Präsident greift ein. Einzelne sog. Abgeordnete schlugen in ihrer Erregung mit den Fäusten auf ihre Brust. Es entsteht ein gewaltiger Tumult. Ein sog.-dem. Abgeordneter tritt vor Bod und will ihm „eine“ verabreichen. Seine Freunde treten dazwischen und Bod ist vor einer „Gefalzenen“ gerettet. Es war wirklich kein schönes Schauspiel. Die Erregung bei den Sozialdemo-kraten aber war verhältnißlos, nachdem Herr Marum noch als einen „gemeinen Lumpen“ bezeichnet hatte, und das, nachdem er es diesen zu bedanken hat, daß er nicht, wie es sich gehört, hinter Schloß und Riegel ist. Schließlich wurde die Sitzung abgebrochen, nachdem der Präsident nach der Geschäftsordnung keine andere Mög-lichkeit mehr hatte, Ordnung zu schaffen. Ein Gutteil hatte dieses Schauspiel aber doch. Es zeigte schlagend die Reformbedürftigkeit der Geschäftsordnung. Mit ihrer Reform wurde un-berührt begonnen. Geradeum Zeit nahm die Kundschaft in Anspruch. Die Zeit war aber nicht nutzlos vergebend. Der Geschäftsordnungs-ausschuß hat faubere Arbeit geleistet. So besteht nun künftig die Möglichkeit, eine gründliche Säuberung vorzunehmen, wenn die Herrschaften der äußersten Linken sich nicht in die Ordnung fügen wollen. Die Geschäftsordnung ist jetzt zeitgemäß und hieb- und stichfest nach allen Seiten. Die kommunistischen Herrschaften werden da getrieben, wo es bei ihnen erfahrungsgemäß am wirksamsten ist, an ihrem Geldbeutel. Das Nähere ergibt der Sitzungsbericht.

Karlsruhe, 1. April.

Präsident Dr. Baumgartner eröffnet die Sitzung mit der Bekanntgabe der neuen Ein-gänge.
Vor Eintritt in die Tagesordnung gebietet der Präsident des

schweren Unglücksfalles, der Truppen der Reichswehr bei Gonnor getroffen hat und spricht den Angehörigen der Verunglückten und der Reichswehr selbst innige

Teilnahme des badischen Volkes

zu dem furchtbaren Unglück aus. Die Abgeordneten und Regierungsbereiter haben sich von ihren Sitzen erhoben.

Abg. Ritter (Komm.) benützt diese Gelegen-heit zu einer Erklärung über den Vorgang des Unfalles, der auf Reichstimm der leitenden Offi-ziere zurückzuführen sei. Bei der Reichswehr seien überhaupt Unfälle und Selbstmorde an der Tagesordnung.

Im Verlaufe weiterer Ausführungen unter-bricht der Präsident den Abg. Ritter mit der Mahnung, er möge abbrechen, da eine Be-sprechung von Reichsangelegenheiten nicht auf der Tagesordnung stehe. Abg. Ritter schlägt die Mahnung in den Wind, nennt die Teilnah-me-kundgebung eine platonische und reklamiert für seine Partei „das Recht, als Vertreter dieser Klasse“ (lebhaftes Horrufen!) zu fragen, warum immer wieder solche Unfälle passieren (wie das Grubenunglück bei Dortmund und der Unfall der Reichswehr). Der Präsident fragt schließlich das Haus, ob es den Abg. Ritter weiter anhören will, was mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt wird. Ritter quit-tiert diese Entscheidung mit einer Bemerkung, die ihm einen Ordnungsruf einträgt.

Nun erhielt Abg. Bod (Komm.), der nach einem mehrmonatlichen Krankheitsurlaub heute zum ersten Male wieder im Hause erschienen war, das Wort, um Protest einzulegen gegen die Behandlung, die seine Partei hier erfährt.

Von sozialdemokratischer Seite wird lebhaft gegen Bod's Ausführungen pro-estiert. Man hört Ausbrüche wie „Freiheit“, „Gemeinheit“, „Hausuberei“. Der Präsident greift mit einem Ordnungs-ruf gegen Abg. Marum ein. Abg. Bod (Komm.) äußert sich erregt über die Art, wie die Sozial-demokraten bei einer früheren Gelegenheit (Aus-landspapier und Diätenbezug betr.) seine Partei be-handelt habe, und auf die Bemerkung des Abg. Marum, daß er es ablehne, dem Abg. Bod zu antworten, schreut ihm Bod einen „gemei-nen Kerl“ ins Gesicht, wofür er zur Ord-nung gerufen wird. Von sozialdemokratischer Seite ertönen erregte Zwischenrufe, ein-mal hat es den Anschein, als ob es zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Abge-ordneten zum Handgemenge käme; unau-föhrlich ertönte die Glocke des Präsidenten, das ganze Haus ist in erregtester Stimmung, so daß sich Präsident Dr. Baumgartner schließlich veranlaßt sieht, die Sitzung auf ¼ Stunde zu unterbrechen.

Aus der ¼ Stunde wurden aber 2¼ Stun-den, bis der Präsident die Sitzung wieder eröffnete.

Der Präsident teilt den Eingang zweier Anträge mit, monach die Geschäftsordnung dahin abgeändert werden soll,

daß einem Redner, der dreimal zur Ordnung ge-rufen ist, auf Antrag des Präsidenten das Wort entzogen werden kann. Der betreffende Ab-geordnete soll dann zu diesem Gegenstand bis nach der Abstimmung das Wort nicht mehr er-halten. § 76 erhält einen Zusatz, nach dem ein Abgeordneter, der wegen gröblicher Verlesung ausgeschlossen worden ist, den Sitzungssaal verlassen muß. Tut er das nicht, so wird der Ausschluß für diesen Tag und die folgenden 14 Kalendertage beschloffen. Weigert der Abge-ordnete sich abzuwehren, den Sitzungssaal zu ver-lassen, so tritt ein Ausschluß für 42 Kalendertage ein. Entziehen im Landtag während einer Sitzung störende Unruhen, so kann der Präsident die Sitzung aussetzen oder ganz aufheben. Komt er sich kein Gehör verschaffen, so verläßt der Prä-sident den Saal.

Der zweite Antrag war ein Initia-tivantrag, unterschrieben von allen Parteien mit Ausnahme von den Kommunisten. Nach die-sem Antrag soll das Diätengesetz dahin ab-geändert werden, daß ein Abgeordneter, wenn er nach Maßgabe der Geschäftsordnung ausgeschlos-sen ist, für diesen Tag und für jeden Kalendertag, auf den sich sein Ausschluß bezieht, keine Entschädigung erhält. Ebenso wird ihm das Recht der freien Fahrt entzogen. Das Gesetz tritt mit dem 1. April in Kraft.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) berichtet im Auftrag des Geschäftsausschusses über die Behandlung dieser beiden Anträge. Der Aus-schuß beantragt, den beiden Anträgen resp. Ge-setzen die Zustimmung zu erteilen. Der Bericht-erstatler teilt mit, daß alle Parteien mit Aus-nahme der kommunistischen Gruppe diese beiden Anträge unterschrieben haben. Abg. Ritter ruft: Auch die Varnat-Partei! — Prä-sident: Wir haben im Bad. Landtag keine Varnat-Partei. — Bei der Aussprache über den ersten Antrag bemerkt der Abg. Bod (Komm.): Man darf uns in jeder Weise beschimpfen, ob wir drinnen bleiben oder herausfliegen, ist uns ganz egal; im Herbst werden die kommunistischen Wäh-ler schon die Antwort geben.

Hierauf wurde der Antrag bei 72 anwesen-den Abgeordneten mit 68 gegen 4 kommunistische Stimmen angenommen und zwar in erster und zweiter Lesung. Die Verenderung tritt sofort in Kraft.

Bei der Besprechung des Initiativantrages über die Verenderung des Diätengesetzes machte der Abg. Bod einige auf der Tribüne un-berühmte Ausführungen. Bei dieser Gelegen-heit wiederholt Bod den Ausdruck Varnat-Partei, was der Präsident wieder aufs schärfste rügt. Darauf rief Abg. Ritter aber-mals Varnat-Partei, was den Abg. Engler zu außerst heftigen Verurteilungen gegen die Kommu-nisten veranlaßte. Abg. Mater verlas eine Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion, daß diese Verhandlungen mit dem Abg. Bod ablehne; was Marum damals über Bod gesagt habe, sei einwandfrei.

Der Präsident schloß die Sitzung und verhandelte dadurch weitere Zusammenlöse. Schluß der Sitzung halb 2 Uhr. Fortsetzung der Beratungen nachmittags 4 Uhr.

Nachmittags-sitzung.

Zunächst kommt zur Beratung der Entwurf eines Gesetzes über die Grunderwerbsteuer und die Zuwachssteuer.

Die Vorlage ist schon in einer früheren Sitzung des Landtags verhandelt worden, wurde

aber wieder an den Ausschuß zurückverwies-en. Ueber die Verhandlungen des Ausschusses erstattet Abg. Müller (Ztr.) Bericht. (Zur S. 6. ist darüber in Nr. 86 berichtet worden.) Der Entwurf ist in seinem Text nicht verändert wor-den. Nur Artikel III wurde dahin geändert, daß das Gesetz am 1. April 1925 in Kraft tritt. Der Zusatz zu Art. II Abs. 1, daß das Staats-ministerium im Verordnungswege allgemeine Vorschriften über den Eintritt und den Umfang der Steuerpflicht, über die Steuerbefragungen und die Feststellung des Wertmaßstabes treffen wird, wird ebenfalls aufrecht erhalten.

Abg. Bod (Komm.) begründet einen Antrag, daß Grundstücke, die zu Mietwohnungen und zum Kleinwohnungsbau dienen, der Steuer nicht un-terliegen.

Abg. Müller (Ztr.) glaubt nicht, daß der Antrag Bod seinen Zweck zugunsten der Mieter erreichen wird; die Mieter werden dabei keinen Deut Nutzen haben.

Zu der Abstimmung wird der Antrag Bod gegen die Antragsteller abgelehnt und der Ge-gegenentwurf mit allen Stimmen, bei 10 Enthaltun-gen, in beiden Lesungen angenommen.

Weiter kommt zur Verhandlung der münd-liche Bericht des Haushaltsausschusses über die Denkschrift über

die kurzfristige Entwicklung Badenweilers.

Berichterstatter Abg. Dr. Höhr (Ztr.): Das Markgrafenbad soll erweitert und die Mög-lichkeit der Einrichtung weiterer Einzelbäder ge-schaffen werden. Die Trinkhalle soll vergrößert werden durch Anbau von Verkaufsläden an die Kuchendamm. Auch soll ein Puff-Abkühl-erleichtert werden. Die Gesamtkosten werden rund 70 000 Mark betragen. Die Verbesserungsbedürftigkeit der Anlagen wurde im Ausschuß allgemein als dringend anerkannt; aber die neuen Ein-richtungen müssen sich finanziell selbst tragen, wozu ein Vertrag mit der Kurverwaltung des Nörders bestimmt. Mit den Bauarbeiten soll als-bald begonnen werden. Ueber die Erweiterung des Markgrafenbades soll dem Landtag demnächst eine Vorlage zugehen.

Abg. Sagin (Landbau) erzuht bringend um Zustimmung zum Haushaltsauschussantrag, indem er die Reformbedürftigkeit der dortigen Anlagen betont.

Abg. Bod (Komm.) trägt Buntjes für Badenweiler vor, die Minister des Innen-wesens zu prüfen und möglichst zu erfüllen ver-pflichtet.

Zu der Abstimmung wird der Antrag des Haushaltsausschusses, daß der Landtag sich mit den Forderungen der Denkschrift einverstanden erklärt, einstimmig angenommen.

Es kommt zur Verhandlung der mündliche Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf

über die Verenderung des Landwirtschaftskammer-gesetzes.

Berichterstatter Abg. Ziegelmayer-Ober-lich (Ztr.). Ueber diese Verhandlungen des Ausschusses ist in Nr. 84 des B. vom 28. März ausführlicher berichtet. Es wurde eine größere Beteiligung von Arbeitnehmern gefordert. Eine Vergrößerung der Kammer soll aber vermieden werden. Die Rechnungen der Landwirtschafts-kammer werden vom Rechnungshof geprüft. Der Berichterstatter beantragt die Zustimmung des Landtags zu dem Ausschussantrag. (Beifall.)

Abg. Weisshaupt (Ztr.) berührt die Ge-schichte des Landwirtschaftskammergesetzes und die Frage der erweiterten Beteiligung der Ar-beitnehmer, für die die Karenzzeit für die Zuwahl der Arbeitnehmer von 10 auf 1 Jahr herabgesetzt wird. Redner stimmt dem zu, wenn auch die Frist von 1 Jahr etwas kurz ist. Die Vertreter der Arbeitnehmerschaft werden, wie Redner annimmt, sachlich mitarbeiten. Die

Das beste Küchenhilfsmittel ist und bleibt MAGGI Würze

Man verlange ausdrücklich **MAGGI** Würze.

Nicht überwürzen! Wenige Tropfen genügen, da sehr ausgiebig.

„MAGGI's gute, sparsame Küche.“

Kund um den Rundfunk.

Geheimfunk. — Kurze und gerichtete Wellen. — Das Ueberwürgen der Funktechnik.
Von Hanns Derstoff.

Wer hat sich nicht schon den Kopf zerbrochen, wie es kommt, daß Tausende von Stationen gleichzeitig senden, und der Empfänger sich aus diesem Wirrwarr von Wellen diejenige aus dem Aether fischen kann, die er hören will. Und doch ist diese Frage verhältnismäßig leicht zu beant-worten. Das Prinzip der Resonanz gibt die Lösung des Problems. Eine Stimmgabel, die angeblasen wird, bringt von einer ganzen Reihe verschiedener abgestimmter Stimmgabeln nur die zum Tönen, die auf die gleiche Schwingungs-zahl, d. i. auf die gleiche Tonhöhe, abgestimmt ist. Singt man vor dem offenen Klavier einen Ton so klingt nur die Saite mit, die denselben Ton hervorbringt; die anderen Saiten der Klavier, die uns allen geläufig sind, lassen sich leicht bemerken. Nach demselben Prinzip ar-beitet der Radioempfänger; der Empfangsapparat wird auf dieselbe Schwingungszahl, dieselbe Wellenlänge abgestimmt wie der Sender, dann spricht der Empfänger nur auf die Welle des Senders an, hört nur die Sprache des Senders, den er hören will, und alle übrigen Sender mit anderen Wellenlängen bringen ihm nicht zum Klagen.

Da aber jeder seinen Apparat auf jede ge-wünschte Wellenlänge einstellen kann, da er also alles hören kann, was irgend eine Sendeanstalt dem Aether, dem Ohr der Welt, erzählt, so ist es sehr schwer, politische oder militärische Mel-dungen von besonderer Bedeutung, die von einem Sender verbreitet werden, geheim zu halten. Mithin ist und wenig sicher nach feither das Chiffrieren dieser Nachrichten. Es gibt keinen

Chiffriercode, der nicht mit der Zeit oder durch Verrat gerade dem Bekanntheit wird, dessentwegen die Nachrichten in stundenlangem mühsamer Ar-beit chiffriert werden. Wie oft haben wir diese Erfahrung im Kriege machen müssen und wieviel brave Soldaten haben die vom Feind beschiffrierten Nachrichten das Leben gelohnt.

Genie ist man aber imstande, die Funkwellen, die den Erdball umjagen, so zu formen, daß sie nur denen Nachrichten bringen, die verabschiedungs-gemäß wissen, wie am Sender die Welle geändert wurde. Kürzlich führte Dr. Pohl in der ersten Hauptversammlung in der Heim.-u.-Herk.-Gesell-schaft zur Förderung des Funkwesens den im Laboratorium der Funkfirma Dr. C. F. Gutz entwickelten „Lapengeheimchiffrierer, System Com-pare“ vor. Eine günstige Lösung als diesen Ge-heimchiffrierer, der bei einfacher Handhabung eine hundertmillionenfache Umwindung des Abha-beits herbeiführt, kann nicht gedacht werden. Man sendet im Klartext über eine gewöhnliche Schreib-maschine und der Empfänger empfängt ebenfalls im Klartext in Dupenschrift. Auf dem Weg vom Sender zum Empfänger aber hat der Klartext eine der hundert Millionen Formen angenom-men, die nur entzifferbar, automatisch zum Klar-text wird, wenn der Empfänger die genaue Ein-stellung kennt, die er seiner Apparatur geben muß, um aus dem „Wellenlaut“ eine sinnvolle Nachricht zu machen. Die Uebermittlung kann — und das ist von gewaltiger wirtschaftlicher Be-deutung — über jeden gewöhnlichen Telephon-leiter erfolgen. Dabei ist es nicht nötig, daß, wie z. B. bei der Übertragung Sender und Empfänger synchron arbeiten, d. i. gleich laufen.

Das Prinzip ist folgendes: Jeder Lautendruck wird in eine bestimmte Tonfrequenz (Schwin-gung mit einer Schwingungszahl von 40 bis 20 000 pro Sekunde) umgewandelt. Jede gedrückte Taste der „Senderschreibmaschine“ löst kurz nach-einander zwei verschiedene dieser Tonfrequenzen

aus. Sie werden auf den Sender übertragen, der sie in den Aether schießt. Aht solcher Ton-frequenzpaare liegen in einer kontinuierlichen Folge. So können also an sich schon acht verschiedene solcher Töne erzeugt werden. Da nun für jede Note, jeden Lautendruck, zwei Tonfrequenzen ausgedrückt werden so entsprechen den Typen der Schreibmaschine 28 verschiedene Tonpaare. Nun ist aber die Lage dieser 8 oben erwähnten Ton-paare zur Welle in 10 Stellungen veränderlich, d. h. es können durch Verschiebung der Welle 10 hoch 8, also 10 achtmal mit sich selbst multi-pliziert gleich hundert Millionen verschiedene Gruppen von acht Tönen gebildet werden, was, wie geschätzt, einer hundertmillionenfachen Um-windung des Alphabets entspricht. Ebenso leicht und elegant, wie der Klartext in einen un-verständlichen „Wellenlaut“ verwandelt wird, ebenso mühelos und ohne jede Gedankenarbeit wird diese Chiffre wieder ganz automatisch in verständliche Sätze verwandelt. Diese Arbeit übernimmt in der Empfangsapparatur ein sogenannter Reso-nanztransformator, der acht abgestimmte Eigen-frequenzen besitzt, entsprechend den acht Grund-tönen der Sendeeinstellung. Auf jeden Lauten-druck der Senderschreibmaschine spricht ein Empfänger mit den zugehörigen beiden Ton-frequenzen durch Resonanzwirkung an, während alle übrigen 99 999 999 ähnlichen Empfänger schweigen. Diese Resonanzabstimmung des Emp-fängers setzt sich automatisch in den Lautendruck des entsprechenden Buchstabens um. Nur wer den Schlüssel der hundertmillionenfachen ver-änderlichen Abstimmung vereinbarungsgemäß kennt, hört die Sprache des Senders, die der Aether, jedem anderen unverständlich, trägt.

mühsam bruchstückweise begreifen lernen! Wie plump sind unsere Maschinen und Apparate, hinsichtlich Nachrichten des Schöpferwerks.

Bis vor kurzem brauchte man viele hundert von Kilowatt (1 Kilowatt gleich rund 1 1/2 Pferde-kräfte) Energie, um sich sprachlos durch den Aether auf große Entfernungen zu verständigen. Raven sendet auf einer Welle von 18 000 Metern mit einer Energie von 400 Kilowatt seine Tele-gramme um den Erdball. Anfang dieses Jahres aber ist es Marconi gelungen mit nur 28 Kilowatt (rund einem 16tel dieser Energie) ein in England gesprochenes Wort bis nach — Australien zu übertragen. Während die feither üblichen drahtlosen Wellen im Transoceanverkehr einige tausend Meter lang waren, bediente sich Marconi der Wellen unter 100 Meter, ja der Wellen von 2-3 Meter Länge. Diese Ergebnisse sind ge-eignet, eine vollkommene Umwälzung des Radio-wesens herbeizuführen, wenn es erst einmal ge-lingt, einen Hebelhand tiefen kurzen, gerichteten Wellen zu besitzigen, nämlich den, daß sie nur bei Nacht, nach Eintritt der Dunkelheit, große Reichweiten ermöglichen, und bei Sonnenbe-strahlung als Diener der Nachtsichtübertragung über große Entfernungen sehr unzuverlässig sind. Doch die Marconigeisteskraft in London hat, wie „The Wireless World“ mitteilt, dem englischen Marine-ministerium, das von den kurzen gerichteten Wellen nicht sehr begeistert war, mitgeteilt, daß die Erfolge der Tagesentfernungen mit kurzen Wellen von Monat zu Monat günstiger werden und daß es zweifellos gelingen wird, den stören-den Einfluß des Tageslichts vollkommen auszu-schalten. Dann aber werden sich kostspielige Maschinenanlagen, solche gewaltigen Antenne- netze wie wir sie z. B. bei der deutschen Groß- schiffahrt haben, unnötig geworden sein. Die Funktelegraphie wird billiger, schneller und zuverlässiger arbeiten als die Draht- telegraphie.

Erhöhung der Zahl der Arbeitnehmer auf 12 (s. dem. Antrag) lehnt Redner ab. Die Frage nach der Leistungsfähigkeit einer Organisation nicht aus. Die Arbeitnehmer sollen überall da mitwirken können, wo die Interessen ihrer Klasse in der Landwirtschaftskammer in Frage kommen. Eine Vermehrung der Sitze der Landwirtschaftskammer darf nicht eintreten. Die Landw. Kreditorganisationen sollen ebenfalls durch Sachverständige in der Kammer vertreten sein. Der Bauernverein will in Sachen der Landwirtschaftskammer vollständig neutral sein und wollte bei der letzten Wahl eine wirklich neutrale Personlichkeit an die Spitze der Kammer stellen. Die Rechnungsprüfung durch den Rechnungshof billigt Redner; eine scharfe Rechnungsprüfung soll jedes Mitglied betreffen. (Sehr richtig!) Möge das Gesetz zum Vorteil der Landwirtschaftskammer und der Landwirtschaft ausfallen. (Leb. Beifall.)

Hier wird abgebrochen. Fortsetzung der Beratung Donnerstag 10 Uhr.

Kirchliche Nachrichten.

Aus der Erzdiözese.
Ausgezeichnete sind die Pfarren: Weibach und Ochsen. **Bereitungen:** Pfarrer Karl Wittenmann in Oberhalbach zieht am 1. April auf die ihm verliehene Pfarre Unterhalbach auf. Pfarrer Hermann Häfner auf den gleichen Tag auf die ihm verliehene Pfarre Oberhalbach. Vikar Josef Adam Diemer in Freiburg-Obere Wehre als Pfarrverweser nach Rippberg. Vikar Karl Gök in Schönau i. B. nach Freiburg (Maria Hilf). Vikar Josef Henn in Oberhalbach nach Schönau i. B. Vikar Karl Guzman in St. Plästen nach Dos.

Bericht. Der hochwürdigste Herr Erzbischof hat den Bericht des Pfarrers Josef Blattmann auf die Pfarre Ochsen mit Wirkung vom 1. April d. J. angenommen.

St. Michaelsberg, 22. März. Das erste Benediktusfest auf dem St. Michaelsberg hatte zahlreiche Wallfahrer angezogen. Die liturgische Feier war bei aller Einfachheit äußerst erhaben und machte auf die Teilnehmer einen tiefen Eindruck. Es kommt einem ja bei solchen Anlässen die Schönheit der Wallfahrtskirche und ihre prachtvolle Musik erst recht zum Bewußtsein. Die tief zu Herzen gehende Predigt hielt der hochw. Herr Pfarrer Brunner-Unterbach. Im Anschluß an die in der Beuroner Benediktushöhle stehenden Worte: Romae didici, Suspecti tacuit, Cassini docuit — Benediktus lernte in Rom, schmeig zu Subiaco und lehrte zu Cassino — schilderte der Prediger die Bedeutung eines Benediktinerlofters in unseren Tagen und flehte Gottes Segen zum Wachstum des jüngsten Erpfroses des Ordens auf dem Michaelsberg herab. Das Hochamt sang der bekannte eifrige Chorleiter für den gregorianischen Chor, S. S. Stadtpfarrer Stöckle, Bruchsal. Es war das erste Mal, daß das Volk in dieser Kapelle die herrlichen Stimmen des tonus sonorum der Kapellchorleitung hörte. Der Choralgesang wurde von der kleinen kirchlichen Kommunität ausgeführt und erhielt eine willkommene Verstärkung durch einige Herren Theologen der Umgegend. In Herrn Oberlehrer a. D. Reinhardt-Unterbach fand der Choralgesang einen verständnisvollen Begleiter auf dem Harmonium. Letzteres sollte freilich bald einem modernen Instrumente Platz machen, da die starke Intonation des alten Werkes zu den jahren Choralmoden nicht mehr passen will. Das Fest wurde abgeschlossen am Morgen mit der Bekehrung der Reliquie des hl. Patriarchen, am Nachmittag mit Komplet und Segen.

Der nächste Freiburger Pilgerzug nach Maria-Ginsfeld verläßt, wie bereits mitgeteilt, am 19. bis 22. Mai 1925. Abfahrt in Freiburg Spitz. Dienstag, den 19. Mai, 7.35 früh über Waldshut. In Einsiedeln wird Christi Himmelfahrt hochfestlich begangen. Die Rückkehr erfolgt von Einsiedeln über Arth-Goldau nach Brunnau und von da mit Schiff über den Urner- und Vierwaldstätter See. In Luzern vier Stunden Aufenthalt, Schlaf- und Nacht in der Hof- und Stiftskirche daselbst. Sodann Bahnfahrt von Luzern direkt über Basel nach Freiburg. Ankunft 6.40 Uhr abends. Da dieses Mal vier Tage verwendet werden und die Reisezeit länger ist, stellen sich die Kosten wie folgt:

folgt: Fahrgehalt mit allgemeinen Unkosten ab Freiburg 18 M., ab Worthingen 17 M., ab Mühlheim 16.50 M., ab Ehningen 16 M., ab Weil-Reopoldshöhe 15.50 M. Teilnehmer, die in Ehningen ausgehen, verlassen auf der Rückreise den Zug in Basel Bad. Bahnhof und zahlen 14.50 M., desgl. ab Waldshut 14 M. Wer sich Quartier und Verpflegung in Einsiedeln sichern will, hat hierfür 18 M. voraus zu zahlen. Anmeldung und Bezahlung der Kosten bis spätestens 4. April, durch die Bewohner außerhalb Freiburgs bei den hochw. Pfarrämtern, in Freiburg beim Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg, Vorkortstr. 20 III, werktags vom 20. März bis 4. April vormittags 10-12 und nachmittags 5-6½ Freitags nur bis 6 Uhr. Zu- und Vorname, Geburtsort, Geburtsdatum und Wohnort muß angegeben werden. Melden sich ab Offenburg und nördlich davon etwa 600 Püger, dann läuft ein Sonderzug schon ab da, dadurch wird die Fahrt billiger und besser. Meldebüro gehen den meisten Pfarrämtern der Diözese Bischof bis Bruchsal zu, sowie einigen anderen. Sonstige Pfarrämter wollen bei Bedarf solche mit Postkarte beim Caritasverband anbringen.

Mission betr. Sültruper Monatshefte zu Ehren H. R. Frau vom heiligsten Herzen Jesu. Jeden Monat ein Heft zu 32 Seiten. Illustriert. Preis des Jahrgangs 2 Mk. Herausgegeben von den Missionären vom Heiligst. Herzen Jesu Sültrup bei Münster in Westf.

Eine sehr schöne Missionszeitschrift, die auch Kinder lesen können und aus der sie nicht nur Liebe für die Heidenmission, sondern auch sonst noch manches Nützliche lernen werden. Die Märznummer ist z. B. wieder recht lehrreich und unterhaltend und enthält viele Originalbeiträge. Wer die Zeitschrift hält, unterstützt die Mission und beschafft sich gute Lektüre.

Aus der Erzdiözese. Ausgezeichnete sind die Pfarren Oberbergen, Gerschheim und Battenberg. — Bericht Pfarrer Karl Fuchs in Weibach tritt auf 1. April in den Ruhestand.

Chronik.

Baden.
Mannheim, 1. April.
 (Unglück.) In der Abteilung „Automobilbau“ bei der Firma Benz fiel der 25jährige Kranenführer Wöh von Friesenheim beim Übersteigen von einer Kranenbahn auf die andere aus 6 Meter Höhe zur Erde. Vermutlich erlitt der Verunglückte eine Wirbelsäulenverletzung, die seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Der Tote hinterläßt Frau und drei Kinder, von denen das älteste 6 und das jüngste ¼ Jahre alt ist.

RD. Reichental, 1. April.
 (Nach der Wahl.) Von 462 abgegebenen Stimmen bei der Reichspräsidentenwahl erhielt Wilhelm Marx 444 Stimmen. Diese Zahlen sprechen gewiß dafür, daß die Wähler dort drüben unserem Marx treu den Rahmen gesetzt haben. Diesmal fand nicht einmal eine Versammlung statt, aber trotzdem haben die Reichentaler sich wieder gehalten. Ein schönes Zeichen der Begeisterung ist dies, daß die wahlberechtigten Jugend beiderlei Geschlechtes aktiv in der Propaganda stand. Die Reichentaler besitzen eben auch eine vorzügliche Ortspartei-Führung. Und außerdem bemerkt man eben auch die Wirksamkeit der Presse. Es wird wohl wenige Gemeinden geben, welche im Vergleich zu Reichental so gut stehen wie die genannte. Besondere Verdienste sowohl um das katholische Pressewesen wie auch um die Vermittlung von guter Literatur an die Einwohner hat sich Herr Pfarrer Rupp erworben, der im kommenden Jahre sein 25jähriges Pfarrereubiläum begeht. Die ganze Gemeinde freut sich auf diesen Tag, denn mit großer Hingabe betreibt er seine Pfarrgemeinde. Mit diesem Feste soll auch die Reichmission verbunden werden, die eigentlich in diesem Jahre sein sollte.

Görsch-Simonswald, 1. April.
 (Brand.) Gestern morgen brach in dem alten Bauernhaus Breiterhof Feuer aus. Sofort stand das ganze Anwesen in hellen Flammen und brannte bis auf die Grundmauern nieder. Die Entstehungsurache ist unbekannt.

Sorberg (Schwarzwaldbahn), 1. April.
 (Verhaftung.) Der von der Staatsanwaltschaft heftig verfolgte Arbeiter Walter Müller aus Leipzig, dem das Verbrechen der Brandstiftung zur Last gelegt wird, wurde hier von der Gendarmerie festgenommen.

Neukirch bei Erberg, 1. April.
 (Eine wenig erfreuliche Lebererkrankung) wurde dem Holzschneider August Bis zuteil. Während er in Konstanz weilte, brannte das von ihm bewohnte Anwesen völlig nieder. Die Entstehungsurache liegt völlig im Dunkel. Das Inventar ist völlig verbrannt.

St. Georgen, 1. April.
 (Ein schweres Unglück), dem ein im besten Mannesalter stehender hiesiger Bürger zum Opfer fiel, ereignete sich gestern bei den Steinbrüchen der Firma Kaimann. Hermann Ehret, der die Grabarbeiten unternommen hatte, bediente den Motor. Durch ein unglückliches Verhängnis infolge Vremens sprangen die Riemenseiben. Ein Stück Eisen drang ihm in die Schläfe, so daß der Tod nach kurzer Zeit eintrat.

Furtwangen, 1. April.
 (Unter dem Einfluß des Laubwetters) und der großen Feuchtigkeit hatten sich auf der Linienführung der Regalbahn zwischen den Stationen Hammerstein und Zindelstein an den Böschungen hergestellte Erdmassen gelöst und durch Rutschungen das Gleis verschüttet. Außer Betriebsstörungen sind Schäden nicht zu verzeichnen.

St. Ingbert, 31. März.
 (Ein schreckliches Unglück) ereignete sich in dem Nachbarort Biffingen. Der etwa 16 Jahre alte Sohn des Landwirts Jakob Peter hantierte mit einer geladenen Schusswaffe. Rätlich kroch ein Schuß; die Kugel drang dem jungen Mann von oben herunter in den Bauch und verletzte ihn so schwer, daß er tot zusammenbrach.

Maulburg, 1. April.
 (Wein Rangieren verunglückt.) Der 55jährige Rangierer Soder von Hanfingen, der sich auf einem rangierenden Güterzug befand, wurde, als er beim Rangieren auf der Maschine stand, beim Anfahren zwischen einen auf einem anderen Gleise stehenden Wagen und der Maschine so schwer eingezwängt, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Lörrach, 31. März.
 (Aufhebung des Sonntagsfahrverbots.) Die Bezirksämter Lörrach und Schopfheim haben die Fahrverbote für Autos, die für die Sonntage anzuwenden waren, aufgehoben.

Das Wetter im Schwarzwald.
 Auf die am Wochenwechsel in fast allen Teilen des Schwarzwaldes niedergegangenen Neuschneefälle ist alsbald eine völlige Aufhellung des Himmels gefolgt. Während die Nachttemperaturen unter dem Einfluß der Ausstrahlung noch wesentlich unter Null lagen und noch 5 bis 6 Grad Kälte bringen, wärmt die Sonne tagsüber ungebündelt in herrlicher Strahlung. Dabei sind die Schneehöhen von 800 Meter ab immer noch sehr gut, der Schnee ist im Bergland begriffen und bietet in einer glatten Beschaffenheit bekanntlich noch tadellose Bahn für den Ski. Die Schneehöhen belaufen sich im Berggebiet noch auf etwa 130 Zentimeter, im mittleren Schwarzwald bei Erberg, wo man noch bis zur Wallfahrtskirche in die Stadt hinein auf Ski kann, 60 bis 80 Zentimeter, im Nord-Schwarzwald rund einen Meter.

Hohentwiler Brief.
 Singen, 31. März.
 Der Hohentwiel und die Grenzlage Singens waren in früheren Jahrhunderten das Verderben der Stadt Singen und zwar durch Sonneneinfälle, Schmelzschnee, Dreißigjähriger Krieg, Franzosenbesetzungen usw. So blieb zusammen mit der Hungersnot und Pest um die Mitte des 17. Jahrhunderts nur noch ein kleines Dorf, also

flüchtige Trümmer. — Doch blühte neues Leben aus den Trümmern. 1899 wurde Singen mit 2000 Einwohnern wieder zur Stadt erhoben. Heute ist es eine einflussreiche Industrie- und Verkehrsstadt, rivalisiert bereits mit Konstanz, nachdem es schon vor dem Kriege seine Laus- und Vornamstadt Adorfzell spielend überflügelt hat. Und der alte Hohentwiel hat seine helle Freude an Singen, seiner emigen Bevölkerung, seiner Industrie, seiner Grenzlage und seiner Bedeutung als wichtiger Eisenbahnnotenpunkt. — Aber der Hohentwiel weiß Distanz zu wahren. Während in Singen neue Stadtteile entstehen, neue Industrieviertel und die Häuser wie Pilze aus dem Boden schießen, läßt die württembergische Regierung in dem Bestreben, dem Hohentwiel, seinen ursprünglichen Reiz zu bewahren, keine Neufriedelung zu. Auf dem Festungsplateau entstünden sonst rasch aus den Ruinen eine neue Kolonie; für Bier- und Weinfelder wären die Räume zu prädestiniert. Nicht einmal die am Fuße des Berges stehende ehemalige Weinstockerei, die seit 16 Jahren unbewirtschaftet ist, darf restauriert und bebaut werden, lieber läßt man sie zu Grunde gehen. Man will offenbar warten bis der Hohentwiel wieder Wein produziert.

Während der Kriegszeit wurde nämlich das Hohentwiler Neubaugelände, das seit Jahrhunderten mit den Nebenbügeln des Schorenbüchsis Gültlandscharakter in das Landschaftsbild gauherle und das einen vorzüglichen Qualitätswein lieferte, in ganz unverständiger Weise angezogen. Jetzt soll die württembergische Regierung die Wiederaufrichtung des Restbestandes planen und zwar wegen der besseren Widerstandsfähigkeit gegen die Neubaugeschichte mit amerikanischen Unterlagen. Schon unter Wiberhold spielte der Wein eine Rolle und ein Graf von Fürster schrieb 1607 in das noch vorhandene Fremdenbuch: „Ich habe getragen gar nicht schmer, hergegen geloffen desto mehr.“ Bekanntlich war es unter Wiberhold Sitte, daß jeder, dessen Stand und Soheit er auch sei, der in der Festung Einlaß begehrte, 40 oder 50 Pfund Stein den Berg hinauftrage. — Dann wurde ihm aus goldenem Becher der Willkomm gereicht. — Unter Wiberhold waren wohl die glücklichsten Zeiten für den Hohentwiel. Aber auch Scheffel, der gleich Meister ward im Trunke wie im Bereschmiedeln, kam wiederholt auf den Hohentwiel zu sprechen. Angenommen, die württembergische Regierung würde mit dem Reinenbau in diesem Jahre beginnen, so könnte frühestens im Jahre 1929—1930 das erste Quantum „Hohentwiler“ freudig werden. Bis dahin wird sich noch manches ereignen. Aber die württembergische Regierung bleibt fest wie im Zitat „Landgraf werde hart“. Sie läßt den Hohentwiel nicht anzapfen, wie es mit dem Hohentwiel geschehen ist. Württemberg hat ein Denkmalbau und auf Grund der Verordnung, daß sogar jeder Steinbruch und

Schuppenbildungen
 und den damit verbundenen
Haarausfall behandelt
 man am zweckmäßigsten mit
Auxolin-Schuppen-Pomade
 von F. Wolff & Sohn, Karlsruhe.
 Preis Mk. 1.25 und Mk. 2.— die Dose.

**Katholischer Männerverein
 Karlsruhe-Süd.**

Freitag, den 3. April, abends 8 Uhr, im Josefs-
 haus, Winterstraße.
wichtige Mitgliederversammlung
 mit Lichtbildvortrag. 2254
 Die werthen Mitglieder und deren Angehörige
 werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.
 Der Vorstand.
 NB. Die Herren Vorstandsmitglieder werden
 gebeten, zu einer kurzen, dringenden Besprechung
 bereits um 7 1/2 Uhr im Josefshaus zu erscheinen.

Es ist verständlich, daß diese gewaltigen Fortschritte einer verhältnismäßig jungen Technik leicht zu Utopien führen. Wo anders sollen solche — wenn auch geistvollen — Phantasien fruchtbareren Boden finden als im Lande der Technik, dem Lande Edison, auch heute noch dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten, Amerika? Vor kurzem schilderte Gernsback, der Hauptgeschäftsführer einer ganzen Reihe amerikanischer technischer Zeitschriften, die Zukunft der Großstadt. Interessant ist die Rolle, die er der „Drahtlosen“ zugedacht, nein, „zuphantastert“ hat. Alle Energie wird nur noch drahtlos übermitteln. Drahtlos, durch elektrische Wellen, erhalten die Straßenbahnen ihre Antriebskraft, drahtlos werden die Blitze durch die Tunnel tief unter der Riesentadt gejagt. Drahtlose übermittelte Kraft läßt den Autobus und das Automobil durch die Straßen fahren, drahtlos werden die Wohnungen mit Licht und Wärme versorgt, die drahtlosen Wellen elektrischer Energie heizen die Oefen, lassen die Ventilatoren laufen, die Aufzüge steigen, die Telefone sprechen, die trotts rollants gleiten, erzeugen jede mechanische Bewegung — Utopie, vielleicht nur in unseren Tagen noch Utopie, und für unsere Entzückender Wirklichkeit. Denn denken wir uns einmal unseren Urhain, der vor 150 Jahren lebte, auf den Potsdamer Platz Berlins, oder in das Zentrum einer anderen Weltstadt gestellt — was wird ihm nicht unverständlich, was nicht „erfüllte Utopie“ sein?

Die Entwicklung der Technik, die Dienste, die die Radiomellen den Menschen einmal leisten, dann — wenn sie erkannt und beherrscht sind — sie sind heute noch nicht abzuschätzen. Und: Die Kultur, die aus dem technischen Zeitalter hervorgeht, wird ebenso hoch über der antiken und mittelalterlichen stehen, wie diese über den Kulturen der Steinzeit. (Condenshorst-Kalergie).

100 Jahre Kühnische Kunst- und Verlagsanstalt in M. Gladbach. Am 1. April dieses Jahres feierte die weltbekannte Kühnische Kunst- und Verlagsanstalt in M. Gladbach ihr hundertjähriges Bestehen. Am 1. April 1825 von Bernhard Kühn als eine der ersten lithographischen Kunstanstalten Deutschlands gegründet, hat sie sich aus ganz bescheidenen Anfängen zu einer Weltfirma entwickelt. Hatte schon der Gründer Bernhard Kühn Bedeutendes geleistet, so wurde er doch von seinem Sohne Oscar Kühn (geb. 11. November 1846) noch übertrroffen. Dieser übernahm die alleinige Leitung nach dem Tode des Vaters am 14. Dezember 1879, und unter ihm gelangte die Firma zu jener Ausdehnung und Verühmtheit, die sie weltbekannt gemacht hat. Sind M. Gladbachs Spinnereien und Webereien Weltlieferanten, ist der Volksverein für das kathol. Deutschland, der in M. Gladbach seinen Sitz hat, eine allenthalben bekannte Einrichtung, so hat doch den internationalsten Ruf die Kühnische Kunstanstalt. Kühnens religiöse Bilder sind in allen Formaten in der ganzen Welt verbreitet und haben in religiöser und künstlerischer Hinsicht ein Weltansehen erfüllt, dessen Aufgabe für die Zukunft nicht minder groß ist. Fast ein Jahrhundert haben Bernhard und Oscar Kühn an der Spitze des Geschäftes gestanden und was der Vater Bernhard Kühn mit Mut und Gattbertrauen begonnen, hat der Sohn Oscar Kühn mit Fleiß und Ausdauer weitergeführt. Seine Hoffnung, den großen Jubeltag der Firma noch zu erleben, hat sich leider nicht erfüllt. Er starb am 19. Juli 1924 und so fällt der Jubiläumstag in ein Trauerjahr. Aus Rücksicht gegen den Verstorbenen ist darum auch am Gründungsstage von allen äußeren Feierlichkeiten abgesehen worden und soll der Freundtag erst nach Beendigung des Trauerjahres öffentlich gefeiert werden. In weiser Vorsicht hat Oscar Kühn dafür Sorge getragen, daß der Charakter des Geschäftes als katholischer Verlag für die Zu-

kunft gesichert ist, dadurch, daß er gleich nach Beendigung des Krieges, als er zu altern begann und wiederholt von Krankheiten heimgesucht wurde, seinen langjährigen Mitarbeiter Johannes Reuendorfer als Teilhaber aufnahm. Damit dessen Tätigkeit wurde im letzten Jahrzehnt der gewaltige Aufschwung der Firma erreicht, dessen dieselbe sich gegenwärtig erfreut. Von der großen Förderung der Kunst durch die bisherige Leitung der Kunstanstalt zeugt auch noch die Tatsache, daß der verstorbene Oscar Kühn sein Wohnhaus mit allen Kunstschatzen der Stadt M. Gladbach zu Museumszwecken für christliche Kunst vermacht hat.

Literatur.

Schellers Konformitätsystem und die Lehre der katholischen Kirche. Von P. S. Lennerz S. J. (Mehendorffs zeitgemäße Flugchriften 4/5) München-Münster, 2.20 Mk.

Ueber Scheller und seine Lehren ist besonders von katholischer Seite verhältnismäßig viel geschrieben worden. Die meisten der bisherigen Veröffentlichungen setzten sich mit Schellers Aufstellungen auseinander von philosophischen Standpunkte aus. Im allgemeinen war das Ergebnis negativ, d. h. Schellers Lehre ablehnend. Es ist deshalb sehr zu begrüßen, daß hier endlich einmal eine klare Antwort auf die Frage gegeben wird, wie sich Schellers Lehre zu der der katholischen Kirche verhält. In erster Linie wird die vorliegende Schrift den Katholiken zur Orientierung dienen; doch wird auch der Nichtkatholik daraus erfahren, welche Kunst die Lehre der katholischen Kirche von der Lehre Schellers trennt.

Werte und Würde der deutschen Sozialpolitik. Ein Wort zu ihrer Kränze. Von Dr. Emil van den Boom. 8° (102). M. Gladbach 1924. Volksvereins-Verlag G. m. b. H. 1.20 Mk., geb. 1.60 Mk. Inhalt: 1. Sozialpolitik u. Volksgemeinschaft. 2. Sozialpolitik vor dem Kriege. 3. Umschwung zur Gemeinschaftsarbeit? 4. Kritik der Sozialpolitik. 5. Wirtschaft und Sozialpolitik.

Die Schrift will keine Einzelfragen der Sozialpolitik behandeln, sondern lediglich die Sozialreform vor und nach dem Kriege in ihren geschichtlichen Auftrieb und in ihrer Bedeutung durch die heute gegenüber früher veränderten Zeitumstände darstellen. Sie will zugleich eine Mahnung sein, der Sozialpolitik die Würde wiederzugeben, die ihr vor dem Kriege innewohnte, ihr nach demselben aber teilweise verlorengegangen ist.

Geschichte der Musik. Von Professor Dr. Johannes Wolf (Wissenschaft und Bildung Nr. 203). 1. Teil. 150 Seiten. Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig.

Mit außerordentlichem didaktischen Geschick führt der Verfasser uns in die Musik des Altertums, des Mittelalters und der Renaissance ein. Wer sich für den Gesang der Griechen, die Gesänge der christlichen Kirche in den ersten Jahrhunderten, für die Lieder der Troubadours und der Minnesänger sowie die neuen Musikströmungen im 15. und 16. Jahrhundert interessiert, der greife zu dieser, die Hauptlinien der Entwicklung herausarbeitenden Darstellung, die stets auch darauf bedacht ist, die kulturellen Zusammenhänge zu knüpfen. Zahlreiche Musikbeispiele ermöglichen dem Musikfreund, die musikalischen Abhänge in sich wiederzuerkennen zu können.

alles was in solchen Gegenden verändert wird, dem Denkmalsamt vorgelegt werden muß, den Steinbruchbetrieb am Südhang des Berges schon vor mehr als 30 Jahren einstellen lassen. — Wenn der Freistaat Baden auch die Energie aufbrächte und auch ein Denkmalsamt statueren würde, dann wäre es mit der systematischen Erziehung der Segenberge endgültig Schluss. Durch die einheitliche deutsche Gesetzgebung — sollte man meinen — müßten Baden und Württemberg ein und dieselben Gesetze haben. So, wenn ich nur in der Schule mehr gelernt hätte. — Die Frühlingsjonne dürfte auch dem Hohenstiel bald wieder seinen einzig schönen Farbenschemel geben.

Aus anderen deutschen Staaten.

Ruhmigschafen am Bodensee, 1. April.
(Ein Sonntagsausflugszug.) In den Monaten Juli und August wird zwischen Schüttgart und Friedrichshafen ein Sonntagsausflugszug mit nur vierstündiger Fahrzeit geführt werden. Von Friedrichshafen aus werden Anschlüsse an diesen Zug nach allen Richtungen erfolgen.

Saarbrücken, 1. April.
Tagung des Reichsverbandes der deutschen Presse. Der Hauptvorstand des Reichsverbandes der deutschen Presse hält am 3 und 4. April in Saarbrücken seine jahresgemäße Jahresversammlung ab.

Karlsruhe

den 1. April 1925.

„Zum Großstadtproblem.“

Durch den in Nr. 88 des N. N. mit dieser Ueberschrift an der gleichen Stelle gedruckten Aufsatz sieht sich ein Leser vom Standpunkt des Bodenseerformers aus zu folgenden Bemerkungen veranlaßt. Es wäre ermunternd, wenn diese und die vorangegangenen Ausführungen über die für Stadtbevölkerung wie auch Bauernschaft gleichwertige so außerordentlich wichtige Frage von der Lesererschaft nach dieser oder jener Seite ergänzt oder eventuell gelöst würde. Wir würden gern, soweit möglich, Raum zur Verfügung stellen.

Der unter obiger Ueberschrift in Nr. 88 des N. N. erschienene Artikel enthält — leider — viel Wahres. Einige Stellen aber fordern Widerspruch heraus; sie lauten: „... dem bezirmten Deutschland von heute ist es auch nicht möglich, in Hände eine großzügige Dezentralisation der Produktionsstätten herbeizuführen. Nur dadurch aber könnte die sich mühsam abwandernde aus den Großstädten, ihre Verelendung und die Vereinfachung des Lebenslaufes ihrer Bewohner angehalten werden.“ — Die in dem genannten Aufsatz geschriebenen Uebelstände der Großstadt beruhen doch vor allem auf der heute gültigen herrschenden Wohnungsverhältnisse und dem, alle Moral und Gesundheit untergrabenden Zusammenpressen der Menschen in Mietkellern und ihrer völligen Loslösung von der Natur. Diese Uebelstände würden aber durch die oben vorgeschlagene „Dezentralisation der Produktionsstätten“ bei dem bestehenden Recht, das den Boden als Ware und Spekulationsobjekt behandelt, um nichts gehindert. Denn, nehmen wir an, daß größere Werke Teile ihres Betriebes in dünn besiedelte, ländliche Gegenden verlegten, so würde dies nur sofort die Grundrente dort erhöhen, der Boden würde sich erheben und damit auch dort, genau wie in der Großstadt, den Boden so verteuern, daß an ein anständiges Unterbringen der zuziehenden Bevölkerung wieder nicht zu denken wäre. So würde die Dezentralisation nur die Kräfte einiger Spekulanten oder der jeweiligen Grundbesitzer füllen, dem volkreichen Mietkellern aber nicht den Lebensnotwendigen verlesen! Blüht doch der Weizen der Grundbesitzer spekulanten, vielmehr im Hinblick auf die „Dezentralisationspläne“ macht es Aus einer in Nr. 81 der „Münchener Neuesten Nachrichten“ veröffentlichten Ueberschrift über Kapitalumschmelzung der an der Münchener Börse am 14. d. d. notierten Aktien ersieht man, daß die Banken und Industriewerke im allgemeinen niedriger stehen als vor dem Kriege, die Immobilienwerte dagegen durchgehend um 1/2 bis um das 4fache höher als vor dem Kriege. Und die „Grundbesitzer“ diktierten die Preise des Bodens wie die der Baumstämme. Solange es sich durch das den Reichstage längst vorgelegte, aber immer wieder liegen gelassene Bodenreformgesetz und durch die Besteuerung des Bodens nach je nem niederen Wert dem Boden- und Hausstoffbesitzer ein Ende gemacht wird, kann es nicht besser werden mit den Lebensbedingungen des deutschen Volkes, soweit es sich mit ehrlücher Arbeit nähren muß. Die Grundwertsteigerung aber würde außerdem dem „berarmten“ Staate die Mittel zur Erfüllung seiner Kulturpflichten an die Hand geben wie das Beispiel des Landes Anhalt zeigt. Er bräuhete dann nicht zu ändern, das Wirtschaftsleben wie die Lebenshaltung gleich hart drückenden Steuern aber zu so bedenklichen Maßnahmen, wie Beamten- und anderem „Abbau“ seine Zuflucht nehmen!

Jahresreisermäßigung für Gesellschaftsfahrten.
In der Geradschneide der Mindestzahl der Fahrgäste für Sonntagszüge ist nunmehr auch den vom Badischen Verkehrsverband vorgebrachten Wünschen auf Wiedereröffnung der im Jahre 1908 abgeschafften Ermäßigung für Gesellschaftsfahrten seitens der Reichsbahn

entsprochen worden. Die ab 6. April in Kraft tretende Ermäßigung beträgt 25 Prozent gegenüber den normalen Preisen bei einer Mindestreisenzahl von 30 Personen und einer Mindeststrecke von 50 Kilometern. Die Ermäßigung ist nur unbedeutend geringer als die der Sonntagsfahrten mit 33 Prozent, dafür ist jedoch die Bewegungsfreiheit größer als bei den nur nach bestimmten Stationen auflegenden und nur über Sonn- und Feiertagen gültigen Sonntagsfahrten. Bei der Ermäßigung für Gesellschaftsfahrten besteht die Möglichkeit, gemeinsame Fahrten von und nach allen Stationen auf Entfernungen über 50 Kilometer ohne Bindung an bestimmte Wochentage und auch mit anderen als den nur für Sonntagsfahrten zugelassenen Zügen zu unternehmen. Die näheren Bestimmungen werden in dem nächsten Nachtrag zum Deutschen Eisenbahn-Personen- und Gepäcktarif enthalten sein.

Berufung. Gegen seine Verurteilung im sog. Gogenschick-Prozess durch das hiesige Schöffengericht hat Landtagsabgeordneter Mager Berufung eingelegt. Das Schöffengericht hatte ihn belanntlich zu 500 M Geldstrafe verurteilt.

Sonntagsfahrarten über Ostern. Der Bad. Verkehrsverband macht darauf aufmerksam, daß die ermäßigten Sonntagsrückfahrarten über Ostern schon ab Gründonnerstag 12 Uhr benutzt werden können und bis einschließlich Ostermontag Gültigkeit haben.

Anfall. Am Dienstag nachmittag lief ein 5 Jahre alter Knabe auf dem Marktplatz hier gegen einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 2, wurde zu Boden geworfen und kam unter den Räder. Nur der Aufmerksamkeit des diensttuenden Polizeibeamten sowie des Wagenführers ist es zuzuschreiben, daß ein größeres Unglück verhütet wurde. Das Kind trug lediglich eine starke Beule am Kopf davon.

Warnung vor einer Betrügerin. Eine in der Lessingstraße hier wohnhafte Frauensperson verkauft in letzter Zeit die Möbel ihrer Mutter und vermischt zugleich das Zimmer mit Müll, wobei sie sich fast in allen Fällen 250 M auszahlen läßt. Es wird vor dieser Schwindlerin gewarnt.

Karlsruher Schwurgericht.

Am Mittwoch vormittag begann unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Bender die dritte Schwurgerichtssitzung, in der sechs Fälle zur Verhandlung stehen und die bis einschließlich Samstag dauern soll. Unter der Beschuldigung des Meineids hatte sich der 40 Jahre alte Friseur Karl Zeiß aus Delemont (Schl.) zu verantworten. Dem Angeklagten, der mehrfach vorbestraft ist und der jetzt eine Gefängnisstrafe verbüßt, wird zur Last gelegt, daß er seine Eidespflicht als Zeuge in einer Verhandlung vor der 4. Strafkammer gegen den Schneider Josef Wiegele und Genossen verletzt habe. Gegen Wiegele war ein Verfahren wegen schwerer Diebstahls anhängig. Die Verhandlung fand am 8. Juli 1920 statt. Zeiß soll ein Paket mit Speckhälften und Dierlehen für Wiegele aufbewahrt haben. In der feierlichsten Verhandlung verneinte er den Besitz des Paketes, gab ihm aber heute zu. Er habe damals eine falsche Aussage gemacht, weil er als Inhaber eines gutbesetzten Friseurgeschäftes nicht habe zugeben wollen, daß er für Diebstahlsbande Einbruchswerkzeuge aufbewahrt habe. Der Angeklagte gibt heute unumwunden zu, damals falsche Aussagen gemacht zu haben, so daß das Gericht auf die Vernehmung sämtlicher zehn geladener Zeugen verzichten kann. Nach Ausführungen des Staatsanwalts Dr. Mehl und des Verteidigers Rechtsanwalts Dr. Wopp wurde der Angeklagte zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr 10 Monaten unter Anrechnung von vier Monaten Untersuchungshaft verurteilt. In diese Strafe ist die in der Verhandlung vom 21. Januar 1925 ausgesprochene Strafe inbegriffen. Der Angeklagte nahlt die Strafe an.

Veranstaltungen.

Riddi Impekenen, die ihren Karlsruher Tagabend infolge Erkrankung abgaben, mußte, ist bis jetzt noch nicht vollständig wiederhergestellt und muß daher vorläufig Karlsruhe ganz aufgeben. Als Ersatzveranstaltung ist der Tanzabend 7. u. 8. Cabescow anzusehen. Die für 16. Februar gelösten Karten gelten also für Freitag, den 3. April oder werden auf Wunsch bis zu diesem Tage bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 39, eine Treppe, zurückgegeben.

Alfred Goch, der berühmte Pianist, gibt heute, Donnerstag, den 2. April, abends 8 Uhr, im Gintachsaal seinen zweiten diesjährigen Klavierabend. Auf dem Programm stehen klassische Werke von Handel, Couperin, Mozart und Beethoven, moderne Werke von Scriabine, Hindemith und Koch, zum Schluß die symphonischen Etüden von Schumann. Karten bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 39, eine Treppe, bis abends 6 Uhr, Abendkasse ab 7 1/2 Uhr.

Bunte Chronik.

Staublaminen. Die Chroniken der schweizerischen Gebirgsstationen wissen zahlreiche merkwürdige Einzelheiten von dieser gefährlichen Naturerscheinung zu erzählen. Anno 1754 jagte ein Schneesturm über St. Blasien im Bündner Oberland, schleuberte einen granitenen Tränntrog von Saffaridas bis Brail eine Viertelstunde eine Viertelstunde weit hinüber, und nur der Seitendruck der Staublamine warf noch die Kuppel des östlichen Klosterzuges von Dientis herunter, obgleich dieser eine halbe Stunde vom eigent-

lichen Strich entfernt war. — Im Jahre 1806 trug eine Lawine im Bündner Kantonatal einen Wald über ein Dorf, ohne ihm wesentlichen Schaden beizufügen, und pflanzte festrecht auf das Pfarrhaus eine Tanne, als ob sie dort gewachsen wäre. — Im Krätigauer St. Antoniental sah ein Bauer aus einer etwa 6 Kilometer weit entfernten hohen Firnanulde eine Lawine hereinbrechen. Er wurde auf seiner Flucht einige Sekunden nachher vom vorantellenden Windstoß erfasst, über ein breites Tobel geschleudert und von der gleich einer rasenden Furie folgenden Lawine begraben.

Unfreiwillige Komit auf einem New Yorker Kostümfest. D. A. J. Man schreibt uns aus New York: Die New Yorker Mozart-Gesellschaft feierte dieser Tage ihren Jahresball und Kostümfest im großen Ballaal des Hotels Astor. In der „New York Times“ lesen wir einen Bericht über die Feier, worin es heißt, daß eine Reihe um die Welt das Hauptstück des Kostümfestes war, wobei die verschiedensten Länder durch einzelne Komitees der Gesellschaft repräsentiert wurden. Unter den dargestellten Ländern finden wir Amerika, Spanien, Russland, Irland, Frankreich, die Türkei, China und Japan, während Deutschland und Oesterreich durch Abwesenheit glänzen. Das Geburtsland von Mozart scheint für diese hundertprozentigen amerikanischen Mozart-Gesellschaftsdamen nicht mehr „bornehm“ genug zu sein.

Ein neues Riesenluftschiff. Der frühere Chefkonstrukteur der Zeppelinwerke in Friedrichshafen, Dr. Karl Arnstein, der bekanntlich die Pläne für eine Reihe von Zeppelinluftschiffen,

darunter auch für „Z. R. 8“ entworfen hat, ist von der Goodyear-Zeppelin-Corporation in Akron mit dem Entwurf des größten starren Luftschiffes, das je gebaut worden ist, betraut worden. Das neue Luftschiff soll doppelt so groß sein wie „Z. R. 8“ und 5 Millionen Kubfuß Gasinhalt haben. Die Motoren werden 4000 P.S. entwickeln. Das neue Riesenluftschiff soll regelmäßig zwei Tagesfahrten zwischen London und New York und zurück ausführen.

Der Matador als Entführer. Ein Liebesroman, dessen Held einer der berühmtesten Stierkämpfer Spaniens, Bernardo Gajelles, ist, beschäftigt gegenwärtig die Madrider Oeffentlichkeit. Der Stierkämpfer war vor Gericht wegen Entführung einer schönen 18jährigen Mexikanerin angeklagt, die außerdem noch über ein Vermögen von 12 Millionen Goldmark verfügte. Gajelles sah die junge Dame zum erstenmal, als er auf einer Stierkampftournee in Mexiko war, und verliebte sich in sie. Auch die schöne Mexikanerin konnte den Reizungen des stolzen Matadors nicht widerstehen; sie überredete ihre Eltern zu einer Reise nach Spanien, und die Familie mochte im letzten halben Jahre in Madrid. Die Eltern hatten aber keine Ahnung von dem Liebesroman, der sich unterdessen zwischen dem Stierkämpfer und der jungen Dame entwickelte, und da die beiden den Widerstand der Familie fürchteten, so entführte sie Gajelles. Die Eltern erhoben daraufhin Anklage wegen Verführung und der Matador wurde verhaftet. Aber es scheint, daß der Roman glücklich enden wird, denn die Eltern haben erklärt, daß sie in die Ehe einwilligen werden.

Handel u. Volkswirtschaft.

Berlin, 1. April.

Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

	31. März.	1. April.
Amsterdam	167.19	167.24
Buen-Aires	1.67	1.63
Brüssel	21.61	21.37
Olo	66.19	66.02
Kopenhagen	78.80	78.83
Stockholm	113.04	113.04
Helsingfors	11.36	10.46
Osaka	17.56	17.42
London	20.04	20.04
New-York	4.19	4.19
Paris	22.43	22.00
Schwelz	30.80	30.80
Spalten	59.83	59.83
Lissabon	13.97	13.97
Japan	1.73	1.73
Bö de Jan.	0.51	0.47
Wien	59.10	59.03
Prag	12.45	12.43
Jugoslawien	6.77	6.77
Budapest	5.80	5.80
Sofia	3.05	3.05
Danzig	79.75	79.77

Börsenbericht.

Berlin, 1. April. Tendenz: schwach. Nachdem der Quartalsultimo nunmehr vorüber ist, sind die erhöhten Geldsätze der letzten Tage wieder etwas leichter geworden, der Geldbedarf der Börse bleibt immerhin noch ein starker, sodass für tägliches Geld 8—10 Prozent angelegt werden müssen. Infolgedessen konnte man heute auf mehreren Marktgebieten Verkäufe zur Geldbeschaffung bemerken, die sich anscheinend nicht nur auf die Börsenreise selbst beschränkten. Das Kursniveau wusste so den Schlussstand des Vortages meist nicht zu behaupten, vor allem Braunkohlen- und Hauptmontanwerte lagen im Angebot. Die in allen Kohlenrevieren zur Zeit stattfindenden Syndikatsauseinandersetzungen trugen wesentlich zur Zurückhaltung bei neuen Engagements bei. Demgegenüber vermochten jedoch heute einzelne Spezialwerte das Interesse der Spekulation auf sich zu lenken, und infolge vorliegender günstiger Momente waren hier Kurserhöhungen zu verzeichnen. Bankaktien waren durch die gestrigen Ausführungen auf der Generalversammlung der Diskontogesellschaft günstig beeinflusst. Daneben entwickelte sich lebhafteres Geschäft für die Aktien der Berliner Hochbahngesellschaft, die bekanntlich keine Zusammenlegung vornimmt und trotzdem eine Gewinnausschüttung beabsichtigt. Der Kurs erfährt allerdings keine nennenswerte Veränderung, nachdem die Börse bereits kürzlich infolge frühzeitiger Durchsickerns dieser Anträge eine Erhöhung des Kurses vorgenommen hatte. Im übrigen muss aber betont werden, dass sich die Geschäftstätigkeit nach wie vor in den allerengsten Grenzen hält, und dass das Publikum dem Börsengeschäft weiter fernsteht. Die schwierige Lage, die zur Zeit das wirtschaftliche Leben in Deutschland kennzeichnet und zu Zahlungsschwierigkeiten mehrerer altangesehener Handelsfirmen führte, findet einen weiteren Ausdruck in der zunehmenden Zahl der Konkurse während des ersten Vierteljahres. Auch Anleihenwerte lagen heute wesentlich ruhiger, nur 23er K-Schätze infolge der bereits gemeldeten Bildung eines Schutzverbandes lebhafter gefragt (0,70—0,80), spröztige Reichsanleihe unverändert 0,695—0,700, Schutzgebiete 4%, Zwangsanleihe 40. Am Devisenmarkt konnte der französische Franken seine gestrige Befestigung nicht behaupten und war vielmehr vormittags und noch mehr während der Mittagsstunden neuerlich stark gedrückt. London/Paris lag im Angebot, während die Devisen Italien ihre Befestigung behauptete. Am Geldmarkt wurden für Monatsgeld 9—11 Pro-

zent genannt. Privatdiskontnotizen sollen vom 3. April amtlich eingeführt werden. — Die Verstimung erfährt auch im weiteren Verlauf keine Aenderung. Zu den anfangs ermäßigten Kursen kam teilweise verstärkter Material hervor, das auf allen Marktgebieten neue Kursverluste herbeiführte. Da auch die Spekulation keinerlei Neigung zu neuen Abschlüssen zeigte, verhartete die Börse in ihrer bisherigen Lustlosigkeit. Anleihen später schwach. Kriegsanleihe 0,682 1/2.

Die Börse und die Aufwertung.

(Von unserem wirtschaftspolitischen Mitarbeiter.)

Die Aufwertungspläne der Reichsregierung haben auf die Börse eine recht empfindliche Rückwirkung gehabt. Viele freilich hatten es verstanden, sich noch rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Namentlich trifft das zu für gewisse Spekulationskreise, die sich in letzter Zeit in den K-Schatzanweisungen der 1923er und 1924er Ausgabe engagiert hatten, die in der Zwischenzeit immer wieder mit Aufwertungsgerüchten auch für die Papiere operierten, und die auf eine bisher noch unangeklärte Weise offenbar vorzeitig Kenntnis von den Einzelheiten der Regierungsvorlage erhielten und noch zu verhältnismäßig günstigen Kursen die Papiere abstießen. Inzwischen hat sich der Kurs dieser Anweisungen fast geviertelt. Und am meisten sind diejenigen kleinen Leute nun jetzt von den Verlusten betroffen, die in Erwartung einer Aufwertung auch gerade dieser Stücke, die in der Inflationszeit gegeben waren, ihren bereits früher schon einmal abgegebenen Besitz in der Zwischenzeit wieder zurückgekauft hatten. Die 1923er K-Schatzanweisungen hatten einen Kurs von nahe an 2 Goldprozent erreicht. Nach den Aufwertungsplänen der Regierung würden für eine Milliarde Mark nur etwa 120 Goldmark an Ablösungsschuld in Frage kommen, während also bis dahin annähernd 2000 Mark an der Börse gegeben werden mussten. Die Börse selbst bewertet diese Papiere immerhin noch mit etwa 300 Goldmark. Legt man aber den Kurs der Kriegsanleihen zugrunde, die gegenüber den nominal zugestanden 5 Prozent, nur etwa 0,6—0,7 Prozent notieren, so würde sich für eine Milliarde 1923er K-Schatzanweisungen sogar nur ein Betrag von etwa 17—18 Mark herausrechnen lassen. Noch viel härter sind die 1924er Ausgaben betroffen. Für eine Billion dieser Anleihe wurden noch vor kurzem an der Börse weit über 2000 Goldmark bezahlt. Nach der Aufwertungsquote der Reichsregierung wird diese selbe Einheit mit 21 Goldmark bewertet. Im Verhältnis zu dem Kriegsanleihenkurs aber hat eine Billion solcher Anleihe nur einen „Wert“ von etwa 3 Goldmark. Und am aller schlechtesten steht es mit der Zwangsanleihe, die ja überhaupt wertlos ist, da sie nicht aufgewertet wird. Das wird als eine besondere Härte deshalb empfunden, weil die Reichsregierung seinerzeit diese Anleihe an der Börse zuließ, also sie für ein börsenmässig verwertbares und kursfähiges Papier deklarierete, das nun jetzt mit einem Mal als völlig wertlos degradiert werden soll. Wenn es auch richtig ist, dass gerade in diesem eben genannten Papier ausserordentlich viel Spekulation betrieben worden ist, so muss doch darauf hingewiesen werden, dass auch viele private Kreise noch grössere Bestände in Eigenbesitz haben, die natürlich durch die jetzige Regelung ausserordentlich schwer betroffen sind. Man rechnet daher an der Börse auch damit, dass die Einwirkung aus diesen Kreisen auf die Reichstagsparteien so stark sein werde, dass doch

Essiger-Netze-Gesellschaft
Karlsruhe
Viktoriastraße 10 III.
Bilge Netze nach Gewicht eingetroffen, ebenso Messel, Damast und Velud. 480
Seitlich Lobmend.

Dixin
Henkel's Seifenpulver
ist sparsam im Gebrauch und von ausgezeichneter Waschwirkung!

Photo's
für
Pässe, Fahrkarten und Stempeln
Rausch & Pestler
Photogr. Atelier
Gebrüderstr. 6

noch der Versuch gemacht wird, die Reichsregierung in diesen Fragen zu einer Aenderung ihres Standpunktes zu bewegen.

Das meiste Interesse kommt natürlich der Abwertung der Kriegsanleihe zu. Der Nominalwert der Stücke wird nach den Absichten der Regierung auf 5 Prozent abgewertet.

Die spekulativen Hoffnungen der Börse gehen darauf, dass es ja doch der Regierung nicht gelingen wird, ihre Absichten voll zu erreichen.

Markaberichte. Auf dem Pforzheimer Schlachtviehmarkt vom 30. März wurde für 1 Pfund Lebendgewicht bezahlt: Ochsen 1. 50-52, Rinder 1. 51-56, Ochsen und Rinder II. 40-46, Kühe 28-35, Farrow 42-48 und Schweine 65-67.

Marktberichte. Auf dem Ettlinger Schweinemarkt kostete das Paar Ferkel 30 bis 52 Mark und das Paar Läufer 25-38 Mk.

Offenburger Zentralzuchtviehmarkt. Der in ganz Süddeutschland bestens eingeführte Offenburger Zentralzuchtviehmarkt wird nach zehnjähriger Unterbrechung erstmals wieder am 12. Mai 1925 abgehalten.

Zuchtmärkte in Mosbach. Der Landwirtschaftliche Bezirksverein beschloss die Gründung einer „Neckartaler Fleckviehzucht-Genossenschaft Mosbach“.

Allgäuer Butter- und Käsebörsen vom 1. April. Butter I. Qualität 1,95, II. 1,50-1,80. Marktlage ruhig. Weichkäse, grüne Ware 42-46, Allgäuer Rundkäse 100-130 bei unveränderten Preisen.

Karlsruher Produktenbörsen vom 1. April. Abteilung: Getreide, Mehl und Futtermittel. Der Markt ist etwas angeregt, jedoch bleibt das Geschäft in kleineren Grenzen.

Nürnberger Hopfenbericht vom 31. März. Auf dem heutigen Hopfenmarkt beträgt die Zufuhr 100 Ballen. Verkauf wurden nur 50 Ballen. Tendenz unverändert ruhig.

Deutsche Eisenbahnwerke A.G. Nach dem Bericht der Deutschen Eisenbahnwerke A.G. vom Schenkel u. Henning, C. Stahmer, Zimmermann u. Buchloh in Bruchsal und Oesede-Georgsmarienhütte war die Beschäftigung der Werke der Gesellschaft im abgelaufenen Berichtsjahr unzureichend.

usw. verbleibt ein Reingewinn von 425 909 Mark, aus dem eine Dividende von 6 Prozent verteilt wird.

Handels- und Gewerbebank Heidelberg e. G. m. b. H. Aus dem Reingewinn von 30654 RM. werden 20 Prozent Dividende verteilt.

Motorenwerke Mannheim A.-G. vorm. Benz, Abteilung stationärer Motorenbau Mannheim. In der gestrigen Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, der demnächst stattfindenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende vorzuschlagen.

Badische Assekuranz-Gesellschaft A.-G. Mannheim. Der Abschluss ergibt einen Reingewinn von 221 593 RM., dessen Verwendung wie folgt beschlossen wurde: 150 Mk. je Aktie Dividende gleich 79 500 Mk.

Schiffahrts-Assekuranz-Gesellschaft A.-G. Mannheim. Die Gesellschaft weist für 1924 eine Prämieinnahme von 256 172 Mark auf, der keine Rückversicherungsprämie gegenübersteht.

Geschäftliches.

Ein feltames Arbeitsjubiläum.

Am 1. April cr. konnte der Gründer der bekannten Düsselborfer Firma Henkel u. Cie. A.-G., Herr Kommerzienrat Fritz Henkel, auf eine 60jährige kaufmännische Tätigkeit zurückblicken.

Karlsruher Ständehauszüge.

Todesfälle. 29. März. Nikolaus Juten, Chemann, 43 Jahre alt, Händler. - 30. März: Heinz Günther, 29. Tage alt, Vater

Gerhard Günther, Zahnarzt; Luise Denzler, 51 Jahre alt, ohne Beruf, ledig, Wilhelm Curtin, Rottenmeister, ledig, alt 25 Jahre; Ernst Kühn, Kaufmann, Chemann, alt 64 Jahre.

Badische Landeswetterwarte.

Wetterbericht vom Mittwoch.

Im Bereich des Hochdruckgebiets über Südosteuropa dauerte gestern in Baden das heitere, trockene Wetter an. Der Tiefdruckausläufer über den britischen Inseln hat sich bis zum Kanal verlagert.

Vorausichtliche Witterung am Donnerstag, 2. April: Wechselnde Bewölkung, mäßige Niederschläge. Temperatur wenig verändert, westliche Winde.

Kath. Kirchensteuer betr.

Diejenigen Kirchensteuerpflichtigen, die mit ihren Zahlungen an Kirchensteuern für das Steuerjahr 1924 (1. April 1924 bis 31. März 1925) noch im Rückstand sind, werden wiederholt ermahnt, ihre Schulden in innerhalb 8 Tagen zu begleichen.

Karlsruhe, den 1. April 1925.

Kathol. Kirchensteuerkasse. Ständehausstraße 1.

Gesellschaft für Kolportage Druck und Verlag e. G. m. b. H.

Die Herren Genossenschaftler unserer Gesellschaft werden zu der am Donnerstag, den 16. April 1925, abends 8 Uhr, im Konferenzzimmer der Badischen Bauern-Bank Freiburg, Filiale Karlsruhe, Karlsruferstr. 21 stattfindenden

ordentlichen General-Versammlung eingeladen.

Tagesordnung:

- 1. Befähigung des Geschäftsberichts. 2. Genehmigung der Bilanz und der Jahresrechnung für das Jahr 1924. 3. Neuwahl des Vorstandes und des Aufsichtsrates gemäß § 14, Abs. 3 und § 20 des Statuts. 4. Aufwertung der Anteilscheine. 5. Einnahme Anträge und Wünsche.

Die Jahresrechnung liegt von heute ab im Geschäftszimmer, Blumenstr. 3, zur Einsicht auf.

Karlsruhe, den 5. April 1925.

Der Vorstand: Schmieder, Fred.

Befreiung wegen Betriebsabgabehinterziehung.

Karl Stöber, Direktor in Karlsruhe, Gerwigstraße 26, I, ist als verantwortliches Vorstandsmitglied der Landeswirtschaftsstelle für das Badische Handwerk, V.-G., Karlsruhe i. B., Friedrichsplatz 4, wegen vollendeter Betriebsabgabehinterziehung am 13. 12. 24. vom Finanzamt Karlsruhe-Stadt mit einer Geldstrafe von 600.- RM. - sechshundert Reichsmark - bestraft worden.

Karlsruhe, den 30. März 1925. Das Finanzamt Karlsruhe-Stadt.

Linoleum!

Große Auswahl! Billige Preise! Fritz Meckel, Kreuzstraße 25. Verlegetarbeit wird übernommen.

Bettstätten Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Ankunft umsonst. Institut Winkler, München 3 40. Nymphenburgerstr. 168.

Theaterkulturverband Freitag, 3. April, 8 Uhr abends. Aula der Techn. Hochschule, Hörsaal 37.

Inserate finden durch den Badischen Beobachter weiteste Verbreitung. Mitglieder des Th. K. V., der Gesellschaft f. Dt. Bildung u. d. Volksbühne 70 Pf., sonst 1.50 Mk. Vorverkauf Theater-Kasse.

Preiswerte Oster-Angebote! Frühjahrs-Mäntel, Jacken-Kleider, Damen-Wäsche, Schürzen. W. BOLÄNDER

Für die Karwoche empfehlen wir: Die heilige Woche, Berner, Frey C., Ziegler. Badenia A.G. für Verlag u. Druckerei Karlsruhe

Architekt Josef Held, Baugeschäft Karlsruhe Südendstrasse 24 Telefon 560. Neu- u. Umbauten in Maurer-, Beton-, Eisenbetonarbeiten, Kanalisationen - Entwässerungen - Reparaturen.

Einen Weber-Kochherd müssen Sie verlangen, wenn Sie Garantie haben wollen für gutes Kochen und Backen wie für eine solide und formschöne Ausführung. Wo nicht erhältlich verlange man Preisliste direkt von Ant. Weber, Ettlingen i. B.

Carl Schöpf

Marktplatz

Grosse Neueingänge

in

Damen- u. Kinder-Bekleidung

für jeden Gebrauch

zu niedersten Preisen

Reich und vorteilhaft sortiertes Lager in **Damenkleider und Blusenstoffen, Waschstoffen, Herren- u. Knaben-Anzugstoffen** — Aussteuer-Artikeln etc.

Danksagung.

Beim Heimgang meines nun in Gott ruhenden Bruders, des hochw. Herrn Stadtpfarrers

Wilhelm Jos. Williard

in Ettenheim

sind mir so viele Beweise herzlichen Beileids zuteil geworden, für die ich hiermit meinen Dank zum Ausdruck bringen möchte.

Besonders fühle ich mich zu Dank verpflichtet den Hochw. Herren: Prälat Dr. Brettle, Domkapitular Dr. Weiss und Kapitelsdekan Moser für Abhaltung des Requiems, den ehrenvollen Nachruf in der Kirche und für Vornahme der Beerdigung und den vielen anwesenden Hochw. Herrn Geistlichen aus nah und fern.

Ferner danke ich für die vielen Kranzspenden und die erhebenden Worte am Grabe den Herren Vertretern der Stadtgemeinde Ettenheim und früherer Wirkungskreise, der verschiedenen Bezirks- und Lokalbehörden, Verbände, Schulen, Vereine, auch der Zöglinge des vom Verstorbenen gegründeten und geleiteten Schülerpensionats und nicht zuletzt auch dem Sprecher im Namen der ehemaligen Vikare.

Aufrichtigen Dank auch sage ich dem Kirchenchor, den Gesangsvereinen und dem Musikverein für ihre Mitwirkung und der ganzen Pfarrgemeinde vor allem für der durch die rege Teilnahme bei der Beerdigung und den Opfern bekundete Liebe und Anhänglichkeit für ihren entschlafenen Seelsorger.

Freiburg, 31 März 1925.

Julius Williard,
Finanzinspektor.

868



Maria Specht
MODES
Waldstrasse 35
KARLSRUHE

Dem verehrten Publikum von Karlsruhe-Mühlburg zur gest. Kenntnis, daß ich den

Gasthof „Zur Krone“

Ede Rhein- und Hardtstraße

nach gründlicher Renovierung ab heute wieder eröffnet habe.

Den Wünschen der werten Kundschaft wird in jeder Hinsicht auf das Beste Rechnung getragen werden. Es kommen nebst gut bürgerlicher Küche nur erstklassige Weine und gut gepflegte Biere zum Ausschank.

Um geneigten Zuspruch bittet 2260

Der neue Besitzer:
Albert Stöhrer.

Meine Rabatt-Tage

für Haus- und Küchengeräte 2278
nur noch bis Samstag.

Rich. Flohr, Kaiserstraße 59.
Herde billigst auf Teilzahlung (Darmst. Fabrikat)

Habe meine Praxis wieder aufgenommen

Frau Johanna Kramer

Dentistin

Kaiser-Allee 21 Telefon 2706

Sprechstunde 9—12 und 2—5 Uhr
Zu sämtlichen Krankenkassen
zugelassen 1892

Schlafzimmer - Bilder

Preiswert. Bilder für alle Räume. Einrahmungen
Schlafers Kunsthandlung, Kaiserstr. 38

Sundfäden.

Die in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1924 in den Wagen der Straßenbahn und Lokalbahn geordneten Gegenstände sind zum Teil nicht abgeholt. Empfangsrechtige werden gemäß §§ 980 u. 981 B.G.B. aufgefordert, ihre Rechte binnen 4 Wochen beim Stadt Bahnamt, Ludwigsstr. 71, geltend zu machen. 2268

2 Haus-Badöfen

bester Konstruktion, fabrikneu, billig zu verkaufen.

Rosenberg & Co.
Wilhelmstraße 57
Karlsruhe i. B.

Zausche

2 H. Zimmerwohnung Südstadt gegen 2 3 Zimmer nebst Zubehör. Umzug wird evtl. vergütet. Angeb. u. 2276 an die Geschäftsstelle.

Euche für meinen Haushalt (2 Erwachsene, 2 Kinder, 14 und 4 Jahre), durchaus zuverlässiges

Alleinmädchen
geheimes Alter, das gut kochen kann und die Hausarbeiten sauber verrichtet, nach

Karlsruhe.
Angenehme Dauerstelle und hoher Lohn. Waisfrau vorhanden. Angebote mit Zeugnissen und wo möglich mit Bild unter Nr. 2232 an die Geschäftsstelle.

Alleinmädchen

gutes Alter, in allen Hausarbeiten einhellig. Köchen erfahren. In Familie gesucht. Waisfrau vorhanden. Zeitgemäßer Lohn. Eintritt möglichst bald. 1994

Frau Direktor Zehner, Karlsruhe, Steinstr. 19.

Pünktlichkeit ist's halbe Leben!



Der junge Mann, der Ostern hinaustritt in die Welt, braucht vor allen Dingen eine genau gehende Taschenuhr. Es gibt für Eltern oder Erzieher, Paten, Onkels oder Tanten, kein besseres Kommunion-Geschenk.

Schenkt Uhren, sie erziehen zur Pünktlichkeit!
Kauft sie im Fachgeschäft 2236

Rich. Kittel, Uhrmachermeister
Am Stadtgarten 1 Hauptbahnhof, Telefon 2540 — Reparaturwerkstätte.

Statt Karten.

Für die wohlthuenden Beweise herzlicher Teilnahme an unserem schweren Verlust sprechen wir innigen Dank aus. 2264

Karlsruhe, 1. April 1925.

Familie Klinger

Buchhalter

welcher noch an zwei Abenden in der Woche über freie Zeit verfügt, übernimmt das Betragen von Büchern usw. Ang. unter 1962 an die Geschäftsstelle.

Vaillants Gas-Badeöfen



Zu beziehen durch alle Installationsgeschäfte.
Illustrierter Katalog Ausgabe d 17 kostenlos. 170

Joh. Vaillant, Remscheid.

Sobald erschienen:

Wichtig für jeden Staatsbürger!

Wir Katholiken

und der

moderne Staat

Grundsätze und Richtlinien für den christlichen Staatsbürger.

Von Dr. Karl Rieder

144 Seiten. Profiziert M. 1.—

Aus dem Inhalt:

Unsere Staatsauffassung. Monarchie oder Republik. Staat und Religion. Unsere Mitarbeit am Staatswesen. Unsere Pflichten bei den Wahlen. Unsere Stellung zu den Parteien. Wir Katholiken und die Presse. Unser Schulprogramm. Unsere vaterländische Betätigung.

Zu beziehen durch die

Badenia A. G. für Verlag **Karlsruhe** und Druckerei

HERVORRAGEND SIND FORM UND GÜTE DER BAU UND MÖBEL

AM RONDELPLATZ

ECKE ERBPRINZEN U. KARL-FRIEDR.-STR.

EIGENE VERKAUFSSTELLEN:

KARLSRUHE-KARL-FRIEDRICH-STRASSE 22

MANH EIM-SCHLOSS RECHTER FLÜGEL

2 FORZHEIM-THEATERSTRASSE 15

FREIBURG-METZGERAU 6

OFFENBURG-STEINSTR. 2

MOSBACH-HAUPTSTR. 12

Das ganze Jahr hindurch

Wiederherstellung aller beschädigten Puppen und Anfertigung von Puppenperücken aus mitgebrachten Haaren. 558

Verkauf von Puppen und Puppenartikeln
Erste Karlsruhe Puppenklinik **H. Bieler** Kaiserstrasse 223
zwischen Douglas- u. Hirschstr.

